

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Jutta Krellmann, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/4388 –**

Erste Erfahrungen in der Callcenter-Branche bei der Umsetzung des Mindestlohns

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Callcenter-Branche zählt zu den Branchen mit einem hohen Niedriglohnanteil (vgl. auch die Bundestagsdrucksachen 17/3319, 17/7132, 17/12606) und ist deswegen in besonderem Ausmaß von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns betroffen. Bei Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. gehen Anrufe und Schreiben von Beschäftigten ein, die über die verzögerte Zahlung oder das Vorenthalten des Mindestlohns berichten. Insbesondere die Verrechnung bisher gezahlter Zuschläge, Boni etc. in den Mindestlohn wird beklagt. Genau diese Empfehlung hat der Call Center Verband im Vorfeld zur Mindestlohneinführung in einem „Whitepaper“ gegeben (vgl. www.callcenter-verband.de/wissen/ccv-whitepaper-reihe/ccv-whitepaper-der-gesetzliche-mindestlohn).

Und in dem Messekatalog zur Call Center World 2015 heißt es in einem Beitrag zu den ersten Erfahrungswerten bei der Einführung des Mindestlohns „Viele Dienstleister haben variable Vergütungsanteile gekappt und ins Fixum integriert, um auf die 8,50 Euro zu kommen.“

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Erfahrungen und möglichen Probleme bei der Einführung des Mindestlohns in der Callcenter-Branche?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

2. Kennt die Bundesregierung das „Whitepaper“ des Call Center Verbandes, und welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht sie aus den dort getroffenen Empfehlungen zur Einführung des Mindestlohns?

Der Bundesregierung ist das „Whitepaper“ nicht bekannt.

3. Inwiefern gab und gibt es zwischen der Bundesregierung und Vertretern der Callcenter-Branche oder einzelner Unternehmen Gespräche oder Arbeitskontakte hinsichtlich der Umsetzung des Mindestlohns?

Welche zentralen Punkte wurden oder werden hier gegebenenfalls erörtert?

Seitens der Bundesregierung gab es keine derartigen Gespräche oder Arbeitskontakte.

4. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Arbeitgeber den Mindestlohn mit ein- oder mehrmonatiger Verspätung zahlen wollen oder gezahlt haben, und welche strafrechtlichen Konsequenzen würde das nach sich ziehen?

Der Bundesregierung sind keine derartigen Fälle bekannt.

5. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, dass Arbeitgeber bisherige Bonuszahlen und ähnliche Leistungszuschläge bei der Berechnung des Mindestlohns mit berücksichtigen?

Unter welchen Bedingungen ist dies rechtens bzw. nicht rechtens (bitte auf die konkrete Rolle eingehen, die Bonuszahlungen in der Callcenter-Branche spielen und nicht lediglich auf die allgemeine Formulierung zur Umsetzung des Mindestlohns Bezug nehmen, dass das Verhältnis zwischen Leistung des Arbeitnehmers und Gegenleistung, die er dafür erhält, nicht verändert werden darf)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Bei der Beantwortung der Frage, inwieweit Zuschläge bei der Berechnung des Mindestlohns Berücksichtigung finden können, kommt es darauf an, wofür die Zuschläge geleistet werden. Grundsätzlich gilt, dass dann, wenn der Arbeitnehmer auf Verlangen des Arbeitgebers mehr als seine reine Arbeitsleistung erbringt, die Zuschläge hierfür nicht auf den Mindestlohn anrechenbar sind. Vor diesem Hintergrund dürfte im Regelfall davon auszugehen sein, dass Zuschläge, die an eine besondere Leistung des Arbeitnehmers anknüpfen, nicht auf den Mindestlohn angerechnet werden können. Abschließend lässt sich die Frage jedoch nur durch Bewertung der Umstände im jeweiligen Einzelfall beantworten.

6. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, dass Arbeitgeber in der Callcenter-Branche im Zuge der Mindestlohneinführung Nacht- und bzw. oder Feiertagszuschläge kürzen (www.stern.de/tv/sterntv/gesetzlicher-mindestlohn-arbeitgeber-nutzen-gesetzesluecken-2173363.html), und unter welchen Bedingungen ist dies rechtens bzw. nicht rechtens?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

7. Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, dass Arbeitgeber in der Callcenter-Branche im Zuge der Mindestlohneinführung in der Arbeitszeitrechnung Pausen eintragen, die nicht genommen werden (www.stern.de/tv/sterntv/gesetzlicher-mindestlohn-arbeitgeber-nutzen-gesetzesluecken-2173363.html)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

8. Unter welchen Bedingungen muss der Mindestlohn in Callcentern durch bestimmte Arten von Praktika oder bestimmte Formen des Einsatzes von Studenten nicht bezahlt werden?

Für Praktika in Callcentern gelten dieselben Regelungen wie für Praktika in anderen Branchen. Nach § 22 des Mindestlohngesetzes gelten Praktikantinnen und Praktikanten im Sinne des § 26 des Berufsbildungsgesetzes grundsätzlich als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soweit nicht im konkreten Fall eine in der Vorschrift genannte Ausnahme vorliegt. Soweit danach im konkreten Fall Praktikantinnen und Praktikanten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu qualifizieren sind, sind sie mindestens mit dem Mindestlohn zu vergüten.

9. Welche Rolle spielten bisher Anrufe aus Callcenter-Unternehmen bei den Anrufen der Mindestlohn-Hotline, und welche Regionen Deutschlands sind besonders betroffen (wenn Zahlen vorliegen, bitte konkret benennen)?

1,4 Prozent aller Anrufe (589 Anrufe; Stand: 27. März 2015) betrafen die Callcenter-Branche.

Eine regionale Zuordnung ist nicht möglich, da diese Daten nicht erfasst werden.

10. In welchem Ausmaß wurden beim Zoll Anzeigen, Hinweise oder Verstöße gegen den Mindestlohn von Callcenter-Unternehmen registriert (bitte wenn möglich, die Antwort auch regional differenzieren)?

Entsprechende statistische Auswertungen liegen bei den Behörden der Zollverwaltung nicht vor.

11. Wie viele Arbeitslose haben in den zurückliegenden zehn Jahren eine Beschäftigung in der Callcenter-Branche gefunden bzw. wurden dahin vermittelt, und welche Kenntnisse gibt es über die anschließende Beschäftigungsdauer bzw. Nachhaltigkeit der Beschäftigung (bitte entsprechende Jahreszahlen nennen)?

Für die Abgänge der arbeitslosen Personen mit Abgangsgrund „Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt“ kann in der Beschäftigungsstatistik recherchiert werden, ob eine (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigungsmeldung ein, sechs oder zwölf Monate nach Abgang vorliegt, und wenn ja, in welchem Wirtschaftszweig die Beschäftigung besteht.

Bezüglich der Aktualität der Daten ist zu beachten: Die Statistik wird über eine integrierte Auswertung der Arbeitslosen- und der Beschäftigungsstatistik gewonnen. Beschäftigungsdaten stehen frühestens mit einer Wartezeit von zwei Monaten zur Verfügung (sog. vorläufige 2-Monatswerte), „endgültige“ Ergebnisse sogar erst nach sechs Monaten Wartezeit. Aufgrund der Integration der beiden Statistiken kann die Arbeitslosenstatistik erst dann Daten liefern, sobald Beschäftigungsdaten vorliegen.

Im Jahr 2013 gab es rund 2 234 000 Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Bei etwa 15 000 dieser Abgänge war ein Monat nach Abgang eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem Betrieb der Callcenter-Branche zu verzeichnen, bei etwa 14 000 nach sechs Monaten. Weitere Ergebnisse können den Tabellen zu den Fragen 11 und 12 entnommen werden (Auswertungen liegen ab dem Jahr 2007 vor).

12. Wie viele Langzeitarbeitslose haben in den zurückliegenden zehn Jahren eine Beschäftigung in der Callcenter-Branche gefunden bzw. wurden dahin vermittelt, und welche Kenntnisse gibt es über die anschließende Beschäftigungsdauer bzw. Nachhaltigkeit der Beschäftigung (bitte entsprechende Jahreszahlen nennen)?

Die in der Antwort zu Frage 11 präsentierte Recherche kann auch auf Langzeitarbeitslose eingegrenzt werden. Es zeigt sich: Im Jahr 2013 gab es rund 176 000 Abgänge aus Langzeitarbeitslosigkeit in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Bei etwa 1 700 dieser Abgänge war ein Monat nach Abgang eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem Betrieb der Callcenter-Branche zu verzeichnen, bei etwa 1 400 nach sechs Monaten. Weitere Ergebnisse können den Tabellen zu den Fragen 11 und 12 entnommen werden (Auswertungen liegen ab dem Jahr 2007 vor).

13. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Anzeichen dafür, dass die Ausnahmeregelung vom Mindestlohn für Praktika im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und Maßnahmen einer Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz Möglichkeiten zur Umgehung des Mindestlohns in der Callcenter-Branche bieten?

Wie hoch lag in den zurückliegenden zehn Jahre die Zahl der Einstiegsqualifizierung nach dem SGB III und Maßnahmen einer Berufsausbildungsvorbereitung in der Callcenter-Branche (bitte jeweils jährliche Zahlen nennen), und gibt es bereits aktuelle Zahlen für dieses Jahr (bitte diese dann mit Vergleichswerten der Vorjahre nennen)?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse von Anzeichen dafür, dass Praktika im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung oder Maßnahmen einer Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz Möglichkeiten zur Umgehung des Mindestlohns in der Callcenter-Branche bieten. Eine Einstiegsqualifizierung ist eine individuelle Unterstützungsmaßnahme zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung junger Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven. Arbeitgeber erhalten im Zusammenwirken mit der jeweiligen Agentur für Arbeit bzw. dem Jobcenter eine Förderung nur zugunsten von solchen förderungsbedürftigen jungen Menschen, die keine Chance auf eine unmittelbare Einmündung in betriebliche Berufsausbildung erhalten. Zudem sind die Fallzahlen von Einstiegsqualifizierungen in der Callcenter-Branche – wie die Tabelle zu Frage 13 zeigt – äußerst gering.

Diese Tabelle bildet „nur“ Einstiegsqualifizierung ab, da Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nur von Bildungsträgern und nicht von „normalen“ Wirtschaftsbetrieben (z. B. der Callcenter-Branche) durchgeführt werden. Die Zeitreihe in der Tabelle beginnt – anders als in der Frage gewünscht – erst ab dem Jahr 2009 (erst ab diesem Jahr liegen als plausibel einzustufende Informationen nach Wirtschaftsgruppen des Arbeitgebers vor).

Zahlen zu Maßnahmen der Berufsausbildungsvorbereitung in diesen Betrieben liegen nicht vor.

14. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Beschäftigten in der Callcenter-Branche in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte insgesamt sowie nach sozialversicherungspflichtiger Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung sowie nach geringfügiger Beschäftigung und nach Bundesländern differenzieren)?

Wie viele Frauen und Männer sind in der Callcenter-Branche beschäftigt?

Am 30. Juni 2014 gab es rund 110 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Callcenter-Branche, darunter etwa 65 000 Vollzeitbeschäftigte und 46 000 Teilzeitbeschäftigte. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten belief sich auf rund 9 000. Im Vergleich zum 30. Juni 2004 hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in diesem Wirtschaftszweig um etwa 90 000 oder 452 Prozent zugenommen (Vollzeit: +54 000 oder +500 Prozent; Teilzeit: +36 000 oder +397 Prozent). Für die geringfügige Beschäftigung wird ein Anstieg von „nur“ etwa 4 000 oder 81 Prozent ausgewiesen. Bei der Interpretation ist der Wechsel der Klassifikation der Wirtschaftszweige von der Ausgabe 2003 (gültig bis zum Jahr 2007) auf die Ausgabe 2008 (gültig ab dem Jahr 2008) zu beachten. Außerdem ist zu berücksichtigen: In Folge der Modernisierung des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung, auf dem die Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit basiert, war die Unterscheidung der Beschäftigten nach Vollzeit- und Teilzeittätigkeit für Stichtage nach dem 30. Juni 2011 für eine Übergangszeit nicht mehr sinnvoll möglich. Mit der Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung haben die Arbeitgeber die Arbeitszeitzuordnung in einem erheblichen Maße überprüft und nicht selten korrigiert, wodurch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten deutlich gestiegen ist.

Weitere Ergebnisse (auch in der Differenzierung nach Bundesländern und Geschlecht) können den Tabellen zu Frage 14 entnommen werden.

15. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in der Callcenter-Branche, die unter der bundesweiten Niedriglohnschwelle liegen (bitte absolute und relative Zahlen für Monats- und Stundenverdienste bundesweit und nach Bundesländern auflisten)?

Soweit der Bundesregierung statistische Informationen zum sogenannten Niedriglohnbereich in der Callcenter-Branche vorliegen, wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Mindestlohn und Tarifverträge in der Callcenter-Branche und die Rolle der Politik“ vom 4. März 2013 (Bundestagsdrucksache 17/12606) verwiesen. Aktuellere Daten werden erst nach Aufbereitung der Verdienststrukturerhebung im Jahr 2014 durch das Statistische Bundesamt zur Verfügung stehen. Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen nicht vor.

16. Wie hoch sind die Zahl und der Anteil von Beschäftigten aus der Callcenter-Branche, die zugleich Leistungen nach dem SGB II beziehen, und wie lauten die Vergleichswerte der Wirtschaft insgesamt (bitte bundesweit und nach Bundesländern auflisten)?

Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind erwerbsfähige Leistungsberichtigte, die Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende und gleichzeitig Brutto-Einkommen aus Erwerbstätigkeit beziehen. Aktuelle Daten liegen für Juni 2014 vor. Demnach gab es bundesweit rund 109 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Callcenter-Branche und etwa 6 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitslosengeld-II-Bezieher, das entspricht einem Anteil von 5 Prozent. Über alle Branchen lag der entsprechende Anteil bei

2 Prozent. Eine Darstellung nach Bundesländern ist der Tabelle zu Frage 16 zu entnehmen.

17. Wie viel Euro wurden in den zurückliegenden zehn Jahren für aufstockende Leistungen nach dem SGB II für Beschäftigte in der Callcenter-Branche gezahlt (bitte insgesamt und für die einzelnen Jahre für die Branche sowie letzte verfügbare Daten je Beschäftigten nennen)?

Zahlungsansprüche für erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher werden nach dem Bedarfsgemeinschaftskonzept ausgewertet. Dabei werden die Zahlungsansprüche für alle Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft herangezogen, in der mindestens ein erwerbsfähiges Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Auswertungen nach dem Bedarfsgemeinschaftskonzept können auch nach den Merkmalen der erwerbstätigen Person bzw. der Erwerbstätigkeit, also insbesondere nach der Beschäftigungsform, der Arbeitszeit und dem Wirtschaftszweig (hier: Callcenter-Branche), differenziert werden.

In der Jahressumme 2013 – jüngere Jahressummen liegen derzeit noch nicht vor – betragen die Zahlungsansprüche für alle Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Callcenter-Branche 30,9 Mio. Euro. Bezieht man diese Eurosumme auf die jahresdurchschnittliche Anzahl an Bedarfsgemeinschaften dieser Konstellation (etwa 5 800), so errechnet sich ein Wert von 5 335 Euro im Jahr (im Monatsdurchschnitt sind dies 445 Euro).

Weitere Ergebnisse können der Tabelle zu Frage 17 entnommen werden.

18. In welchem Ausmaß hat die Callcenter-Branche in den zurückliegenden zehn Jahren Leistungen der Arbeitsförderung nach dem SGB II und dem SGB III erhalten (bitte Maßnahmenzahl und, wenn möglich, konkrete Eurosummen für Instrumente und Lohnkostenzuschüsse für die jeweiligen Jahre nennen)?

Die (auf Maßnahmeeintritte bezogene) Tabelle zu Frage 18 bildet „nur“ Instrumente ab, die von „normalen“ Wirtschaftsbetrieben (z. B. der Callcenter-Branche) durchgeführt werden dürften (siehe auch Antwort zu Frage 13). Die Zeitreihe in der Tabelle beginnt – anders als in der Frage gewünscht – erst ab dem Jahr 2009 (erst ab diesem Jahr liegen als plausibel einzustufende Informationen nach Wirtschaftsgruppen des Arbeitgebers vor).

Zu den erfragten monetären Werten liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

19. In welchem Ausmaß wurde die Callcenter-Branche in den zurückliegenden zehn Jahren wirtschaftspolitisch gefördert (bitte konkrete Eurosummen bundesweit sowie nach Bundesländern nennen)?

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurden in den Jahren 2004 bis 2014 insgesamt 124 betriebliche Investitionsvorhaben von Unternehmen der Wirtschaftsklasse 74.86 „Call Center“ (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003) bzw. Wirtschaftsklasse 82.20 „Call Center“ (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008) gefördert. Dabei sind GRW-Fördermittel, an deren Finanzierung Bund und Länder gemäß Artikel 91a des Grundgesetzes (GG) je zur Hälfte beteiligt sind, im Umfang von insgesamt 109 180 987 Euro bewilligt worden.

Aus der nachfolgenden Tabelle geht die Verteilung der GRW-Mittel auf die einzelnen Länder nach Jahren hervor.

Tabelle: GRW-Mittel differenziert nach Jahren und Ländern

Jahr	Land	Anzahl der Förderungen	GRW-Bewilligungen in Euro
2004	Berlin	4	161 290
	Brandenburg	3	948 900
	Mecklenburg-Vorpommern	3	1 149 416
	Rheinland-Pfalz	1	91 920
	Sachsen	2	158 300
	Sachsen-Anhalt	3	826 950
	Thüringen	1	1 823 816
	Gesamt	17	5 160 592
2005	Berlin	3	495 310
	Brandenburg	9	5 842 743
	Mecklenburg-Vorpommern	4	12 990 800
	Niedersachsen	1	25 300
	Nordrhein-Westfalen	1	1 804 000
	Sachsen-Anhalt	4	8 401 250
	Gesamt	22	29 559 403
2006	Berlin	4	319 586
	Brandenburg	2	658 700
	Mecklenburg-Vorpommern	8	13 479 500
	Sachsen-Anhalt	4	3 120 800
	Schleswig-Holstein	1	102 814
	Gesamt	19	17 681 400
2007	Berlin	1	65 010
	Brandenburg	7	2 227 300
	Mecklenburg-Vorpommern	8	16 647 300
	Sachsen	1	405 700
	Sachsen-Anhalt	2	994 100
	Schleswig-Holstein	2	1 992 536
	Gesamt	21	22 331 946
2008	Berlin	3	121 295
	Brandenburg	4	89 875
	Mecklenburg-Vorpommern	6	8 667 800
	Sachsen-Anhalt	1	3 750
	Thüringen	1	1 287 683
	Gesamt	15	10 170 403

Jahr	Land	Anzahl der Förderungen	GRW-Bewilligungen in Euro
2009	Berlin	2	140 130
	Brandenburg	5	9 693 000
	Mecklenburg-Vorpommern	2	2 521 500
	Sachsen	1	5 402 800
	Sachsen-Anhalt	1	248 125
	Gesamt	11	18 005 555
2010	Mecklenburg-Vorpommern	1	31 600
	Sachsen	2	632 100
	Gesamt	3	663 700
2011	Berlin	1	270 000
	Brandenburg	3	1 294 200
	Mecklenburg-Vorpommern	2	954 800
	Gesamt	6	2 519 000
2012	Berlin	2	464 000
	Brandenburg	1	45 600
	Mecklenburg-Vorpommern	1	907 400
	Nordrhein-Westfalen	1	151 158
	Gesamt	5	1 568 158
2013	Berlin	1	1 298 600
	Mecklenburg-Vorpommern	2	105 700
	Gesamt	3	1 404 300
2014	Berlin	1	106 800
	Rheinland-Pfalz	1	9 730
	Gesamt	2	116 530

Anmerkung: begriffliche Abgrenzung

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003: 74.86 – Call Center

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008: 82.20 – Call Center

20. Welche sind die 30 Firmen aus der Callcenter-Branche, die die meiste wirtschaftliche Förderung erhalten (bitte Firmen und Standort mit konkretem Förderbetrag nennen)?

Der nachstehenden Tabelle sind die 30 Unternehmen aus der Wirtschaftsklasse 74.86 (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003) bzw. 82.20 (Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008) zu entnehmen, die in den Jahren 2007 bis 2014 die meisten Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) erhalten haben. Angaben zur Förderung einzelner Unternehmen vor dem Jahr 2007 können wegen der bis dahin gültigen Regelungen zur Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht veröffentlicht werden.

Tabelle: Die 30 Unternehmen der Callcenterbranche, die im Zeitraum 2007 bis 2014 die höchsten GRW-Zuschüsse erhalten haben

Unternehmen	Standort	Anzahl der Förderungen	GRW-Bewilligungen in Euro
SNT Deutschland AG	Brandenburg	2	7 784 100
buw costumer care operations leipzig GmbH	Sachsen	1	5 402 800
adm Rostock GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	4 909 800
D+S communication center Rügen GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	4 664 600
arvato direct services Stralsund GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	4 050 000
adm Anklam GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	3 382 700
Euler Hermes Collections GmbH	Brandenburg	1	2 974 800
all by phone+net Dialogmarketing und Consulting GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	2 327 900
arvato direct services telco Neubrandenburg GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	1 950 000
KDW Greifswald GmbH / Kluth Customer Care GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	1 694 300
118000 Telefonvermittlung GmbH c/o GoYellow Media	Mecklenburg-Vorpommern	1	1 504 600
buw customer care operations Schwerin GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	1 360 000
carebyphone GmbH	Schleswig-Holstein	1	1 309 776
plus49 group GmbH	Berlin	1	1 298 600
D+S communication center Gera GmbH	Thüringen	1	1 287 683
e dialog GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	1 016 900
buw cutomer care operations Wismar GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	907 400
KDW Neustrlitz GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	882 000
CC WellCom GmbH	Brandenburg	1	818 400
Sitel GmbH	Sachsen-Anhalt, Berlin	2	781 030
medienwerker GmbH	Schleswig-Holstein	1	682 760
tema-direkt GmbH	Sachsen	1	580 500
arvato direct services Cottbus GmbH	Brandenburg	2	540 000
buw operations Schwerin GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	500 500
Bosch Communication Center Magdeburg GmbH	Berlin	2	492 505
Compentence Call Center GmbH	Sachsen	1	405 700
adStep GmbH	Brandenburg	1	362 900
CommuniGate Kommunikationservice GmbH	Brandenburg	1	314 300
Flash Telemarketing GmbH	Sachsen-Anhalt	2	301 150
SNT Greifswald GmbH	Mecklenburg-Vorpommern	1	284 400

21. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Vorhandensein von Betriebsräten und Betriebsvereinbarungen in Unternehmen der Callcenter-Branche (bitte sofern möglich, auch konkrete Daten nennen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zum Verbreitungsgrad von Betriebsräten und zu Betriebsvereinbarungen in Unternehmen der Callcenter-Branche vor.

22. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Vorhandensein von Tarifverträgen in Unternehmen der Callcenter-Branche, mit denen jenseits des gesetzlichen Mindestlohns auch Entgelte sowie Arbeitsbedingungen geregelt werden können (bitte sofern möglich, auch konkrete Daten nennen)?

Im Tarifregister sind für die Callcenter-Branche lediglich die Firmentarifverträge der walter services Holding GmbH mit der Gewerkschaft ver.di registriert. Laut Tarifregister datiert der letzte Tarifabschluss vom 31. Juli 2013.

23. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Planungen der Arbeitgeber, einen tariffähigen Verband zu gründen, um den Weg für einen möglichen Branchentarifvertrag frei zu machen?

Die Bundesregierung liegen hierüber keine Erkenntnisse vor.

Tabelle 1 zu Fragen 11 und 12
Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt in der Wirtschaftsgruppe 822 Call Center

Deutschland

Zeitreihe 2007 bis 2014, Datenstand: März 2015

Hinweis: Daten mit 2- bzw. 6-monatiger Wartezeit - daher zum Teil vorläufige Ergebnisse für 2014

Wirtschaftsgruppe 822 Call Center		Jahressummen							
		2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
		1	2	3	4	5	6	7	8
		Abgang aus Arbeitslosigkeit insgesamt							
sozialversicherungs- pflichtig beschäftigt nach	1 Monat	16.720	14.844	13.755	14.665	16.259	14.728	15.089	15.960
	6 Monaten	15.182	13.514	11.914	13.725	15.119	13.321	13.596	-
	12 Monaten	15.304	13.492	11.546	14.354	15.652	13.689	13.808	-
		Abgang aus Langzeitarbeitslosigkeit (Dauer > 1 Jahr)							
sozialversicherungs- pflichtig beschäftigt nach	1 Monat	2.417	1.636	1.126	1.438	1.921	1.625	1.650	1.946
	6 Monaten	2.114	1.406	882	1.250	1.659	1.345	1.419	-
	12 Monaten	2.042	1.339	857	1.229	1.688	1.338	1.399	-

Quelle: Statistik der BA

Tabelle 2 zu Fragen 11 und 12
Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen

Deutschland

Zeitreihe 2007 bis 2014, Datenstand: März 2015

Hinweis: Daten mit 2- bzw. 6-monatiger Wartezeit - daher zum Teil vorläufige Ergebnisse für 2014

Wirtschaftszweig 08	Jahressumme							
	2007 1	2008 2	2009 3	2010 4	2011 5	2012 6	2013 7	2014 8
Abgänge insgesamt	2.625.766	2.483.754	2.384.795	2.660.855	2.503.802	2.234.804	2.234.349	2.222.243
dar. 1 Monat nach Abgang sozialversicherungspflichtig beschäftigt mit Angaben zum Wirtschaftszweig	2.091.028	1.989.235	1.928.439	2.197.772	2.081.987	1.862.732	1.872.331	1.873.851
A Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	39.427	36.938	36.842	34.963	31.205	27.820	26.571	25.042
B,D,E Bergbau, Energie- u. Wasserversorg., Entsorgungswirtschaft	19.457	18.931	19.268	21.120	18.960	16.369	16.387	15.590
C Verarbeitendes Gewerbe	252.884	222.424	187.654	238.231	217.409	186.448	189.321	191.833
davon: 10-15, 18, 21, 31 Herstellung von überwiegend häuslich konsumierten Gütern (ohne Güter der Metall-, Elektro- und Chemieindustrie)	71.926	65.706	63.127	64.947	60.726	57.014	57.774	57.915
davon: 24-30, 32, 33 Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie	128.315	110.207	81.549	121.330	110.269	89.086	90.315	93.878
davon: 16, 17, 19, 20, 22, 23 Herstellung von Vorleistungsgütern, insbesondere von chemischen Erzeugnissen und Kunststoffwaren (ohne Güter der Metall- und Elektroindustrie)	52.643	46.511	42.978	51.954	46.414	40.348	41.232	40.040
F Baugewerbe	241.138	222.549	228.604	233.393	208.494	185.629	188.773	175.784
G Handel, Instandhaltung, Rep. von Kfz	259.157	248.230	242.465	262.797	260.165	247.287	242.673	246.279
H Verkehr und Lagerei	126.418	120.353	123.536	139.492	127.269	112.807	117.430	112.476
I Gastgewerbe	133.679	133.929	137.275	144.776	142.291	134.553	130.259	133.069
J Information und Kommunikation	49.357	47.414	41.421	48.362	48.195	45.775	44.696	47.038
K Erbr. von Finanz- u. Versicherungsdienstl.	15.555	15.004	14.950	16.160	14.454	13.632	13.935	14.113
L, M Immobilien, freiberufli., wissenschaftl. u. techn. Dienstleistungen	95.949	92.143	84.773	96.005	96.046	90.409	92.415	97.446
N sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne ANÜ)	166.069	162.881	158.714	174.244	172.358	158.752	157.416	157.748
782, 783 Arbeitnehmerüberlassung	351.943	326.092	295.087	444.369	406.316	317.656	325.282	321.665
dar. 822 Call Center	16.720	14.844	13.755	14.665	16.259	14.728	15.089	15.960
O, U Öffentl. Verw., Verteidigung, Soz.-vers., Ext.Orga.	44.161	45.801	54.049	44.459	45.249	41.269	43.987	42.453
P Erziehung und Unterricht	49.669	48.145	49.420	46.906	44.752	46.188	47.463	49.849
86 Gesundheitswesen	76.821	74.020	71.373	71.627	71.404	69.183	68.416	71.578
87, 88 Heime und Sozialwesen	82.848	85.271	93.798	92.559	93.516	90.529	90.892	96.614
R, S, T sonst. Dienstleistungen, Private Haushalte	82.580	85.391	86.125	85.212	80.656	74.578	72.315	72.419
9, keine Zuordnung möglich/keine Angabe	3.916	3.719	3.085	3.097	3.248	3.848	4.100	2.855
Insgesamt	2.091.028	1.989.235	1.928.439	2.197.772	2.081.987	1.862.732	1.872.331	1.873.851
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	39.427	36.938	36.842	34.963	31.205	27.820	26.571	25.042
Produzierendes Gewerbe	513.479	463.904	435.526	492.744	444.863	388.446	394.481	383.207
Dienstleistungsbereich	1.534.206	1.484.674	1.452.986	1.666.968	1.602.671	1.442.618	1.447.179	1.462.747

Quelle: Statistik der BA

Tabelle 3 zu Fragen 11 und 12
Abgang aus Arbeitslosigkeit mit einer Dauer über 1 Jahr (langzeitarbeitslos) in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen

Deutschland
 Zeitreihe 2007 bis 2014, Datenstand: März 2015
 Hinweis: Daten mit 2- bzw. 6-monatiger Wartezeit - daher zum Teil vorläufige Ergebnisse für 2014

	Jahressumme									
	2007 1	2008 2	2009 3	2010 4	2011 5	2012 6	2013 7	2014 8		
Wirtschaftszweig 08										
Abgänge insgesamt	341.805	258.551	176.632	254.831	235.073	179.373	175.720	185.233		
dar. 1 Monat nach Abgang sozialversicherungspflichtig beschäftigt mit Angaben zum Wirtschaftszweig	248.853	191.194	131.547	197.392	183.327	139.927	136.868	147.030		
A Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	3.219	2.680	1.775	1.748	1.536	1.415	1.326	1.312		
B,D,E Bergbau, Energie- u. Wasserversorg., Versorgungswirtschaft	2.095	1.536	948	1.481	1.287	960	900	898		
C Verarbeitendes Gewerbe	26.666	16.724	8.037	18.565	16.028	9.837	9.793	10.985		
davon: 10-15, 18, 21, 31 Herstellung von überwiegend häuslich konsumierten Gütern (ohne Güter der Metall-, Elektro- und Chemieindustrie)	8.415	6.163	3.992	5.495	4.933	3.799	3.791	4.037		
davon: 24-30, 32, 33 Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie	13.927	8.007	2.876	9.922	8.445	4.389	4.317	5.124		
davon: 16, 17, 19, 20, 22, 23 Herstellung von Vorleistungsgütern, insbesondere von chemischen Erzeugnissen und Kunststoffwaren (ohne Güter der Metall- und Elektroindustrie)	4.324	2.554	1.169	3.148	2.650	1.649	1.685	1.824		
F Baugewerbe	18.412	13.878	9.826	14.514	12.324	9.022	8.937	8.613		
G Handel, Instandhaltung, Rep. von Kfz	35.558	28.095	20.068	27.059	27.883	22.057	21.260	23.242		
H Verkehr und Lagerei	17.587	12.368	8.236	13.386	12.359	9.149	9.350	9.654		
I Gastgewerbe	16.915	14.937	12.123	14.194	13.966	12.611	11.411	11.996		
J Information und Kommunikation	5.235	3.675	1.937	2.690	2.753	2.216	2.023	2.191		
K Erbr. von Finanz- u. Versicherungsdienstl.	1.961	1.464	1.103	1.349	1.313	1.043	1.071	1.096		
L, M Immobilien, freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleistungen	11.685	8.850	5.571	7.666	7.953	6.412	6.215	7.044		
N sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne ANÜ)	27.169	22.957	16.698	22.267	22.063	18.742	17.917	18.747		
782, 783 Arbeitnehmerüberlassung	41.971	27.585	13.149	43.208	34.777	20.009	21.283	23.771		
dar. 822 Call Center	2.417	1.636	1.126	1.438	1.921	1.625	1.650	1.946		
O, U Öffentl. Verw., Verteidigung, Soz.-vers., Ext.Orga.	4.370	4.186	4.137	2.925	3.320	2.935	3.184	3.310		
P Erziehung und Unterricht	5.624	4.769	3.929	3.301	3.192	3.226	3.210	3.557		
86 Gesundheitswesen	7.173	5.871	4.383	4.469	4.515	3.856	3.542	3.872		
87, 88 Heime und Sozialwesen	10.877	10.419	10.394	8.987	8.939	8.373	7.981	9.014		
R, S, T sonst. Dienstleistungen, Private Haushalte	11.347	10.428	8.777	9.060	8.483	7.459	6.869	7.288		
9, keine Zuordnung möglich/keine Angabe	989	772	456	523	636	605	596	440		
Insgesamt	248.853	191.194	131.547	197.392	183.327	139.927	136.868	147.030		
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	3.219	2.680	1.775	1.748	1.536	1.415	1.326	1.312		
Produzierendes Gewerbe	47.173	32.138	18.811	34.560	29.639	19.819	19.630	20.496		
Dienstleistungsbereich	197.472	155.604	110.505	160.561	151.516	118.088	115.316	124.782		

Quelle: Statistik der BA

Tabelle zu Frage 13
Eintritte von Teilnehmern in ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente nach der Wirtschaftsgruppe des Arbeitgebers bzw. Trägers (WZ 2008) - einschl. "Keine Angaben des Wirtschaftszweigs"

Deutschland (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)
 2009 - 2014, Datenstand: März 2015

Maßnahmenart Gruppe	Wirtschaftsgruppe des Arbeitgebers bzw. Trägers (WZ 2008)	Jahr					
		2009 1	2010 2	2011 3	2012 4	2013 5	2014 6
Einstiegsqualifizierung	Insgesamt, darunter	33.464	31.894	27.077	22.326	19.859	18.501
	822 Call Center	36	24	25	19	9	8
	Keine Angabe	2.251	1.974	1.529	1.171	925	808

Quelle Statistik der BA

Tabelle 1 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Insgesamt

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Stichtag	Polit Gebietsstruktur AO	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	Vollzeitbeschäftigt	Teilzeitbeschäftigt	
		1	2	3	
30.06.2004	Insgesamt	19.996	10.797	9.172	4.904
	01 Schleswig-Holstein	1.243	522	721	134
	02 Hamburg	765	493	272	82
	03 Niedersachsen	1.345	908	426	561
	04 Bremen	296	20	276	93
	05 Nordrhein-Westfalen	3.730	2.574	1.153	1.194
	06 Hessen	887	528	356	348
	07 Rheinland-Pfalz	141	59	82	50
	08 Baden-Württemberg	789	505	284	310
	09 Bayern	1.736	1.091	643	584
	10 Saarland	129	109	20	19
	11 Berlin	2.094	1.308	779	719
	12 Brandenburg	1.176	638	538	120
	13 Mecklenburg-Vorpommern	888	394	494	56
	14 Sachsen	395	316	79	361
	15 Sachsen-Anhalt	4.119	1.104	3.014	240
	16 Thüringen	263	228	35	33
30.06.2005	Insgesamt	32.017	18.628	13.359	6.078
	01 Schleswig-Holstein	1.188	575	613	154
	02 Hamburg	1.340	791	549	135
	03 Niedersachsen	2.373	1.706	652	606
	04 Bremen	736	372	364	133
	05 Nordrhein-Westfalen	6.490	4.312	2.174	1.543
	06 Hessen	1.254	825	428	352
	07 Rheinland-Pfalz	146	52	93	56
	08 Baden-Württemberg	905	630	274	641
	09 Bayern	2.174	1.356	815	694
	10 Saarland	166	145	21	17
	11 Berlin	2.285	1.521	762	643
	12 Brandenburg	2.233	1.119	1.114	233
	13 Mecklenburg-Vorpommern	2.138	1.192	945	97
	14 Sachsen	2.844	1.966	876	433
	15 Sachsen-Anhalt	5.312	1.670	3.642	290
	16 Thüringen	433	396	37	51
30.06.2006	Insgesamt	45.518	26.300	19.182	7.743
	01 Schleswig-Holstein	940	455	485	196
	02 Hamburg	2.344	1.265	1.079	236
	03 Niedersachsen	4.560	2.613	1.929	924
	04 Bremen	717	394	323	109
	05 Nordrhein-Westfalen	8.958	5.731	3.225	1.862
	06 Hessen	1.810	1.221	588	607
	07 Rheinland-Pfalz	234	112	121	190
	08 Baden-Württemberg	1.228	885	343	613

Tabelle 1 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Insgesamt

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

	09 Bayern	3.747	2.299	1.446	963
	10 Saarland	202	179	23	15
	11 Berlin	2.762	1.716	1.046	737
	12 Brandenburg	3.635	1.934	1.701	209
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3.469	1.753	1.713	117
	14 Sachsen	3.587	2.529	1.052	523
	15 Sachsen-Anhalt	6.326	2.310	4.016	390
	16 Thüringen	999	904	92	52
	Insgesamt	67.126	40.432	26.649	10.042
30.06.2007	01 Schleswig-Holstein	1.606	598	1.008	283
	02 Hamburg	2.741	1.425	1.313	240
	03 Niedersachsen	4.783	2.979	1.791	940
	04 Bremen	828	436	392	141
	05 Nordrhein-Westfalen	12.655	8.245	4.408	2.693
	06 Hessen	2.310	1.629	681	610
	07 Rheinland-Pfalz	536	327	196	454
	08 Baden-Württemberg	2.050	1.352	698	722
	09 Bayern	5.269	3.323	1.945	1.284
	10 Saarland	1.043	851	192	26
	11 Berlin	4.588	2.510	2.076	788
	12 Brandenburg	6.964	4.394	2.570	230
	13 Mecklenburg-Vorpommern	6.438	3.477	2.959	426
	14 Sachsen	4.435	2.970	1.458	700
	15 Sachsen-Anhalt	8.747	4.758	3.989	405
	16 Thüringen	1.180	935	243	90
		Insgesamt	90.012	53.974	35.962
30.06.2008	01 Schleswig-Holstein	3.538	1.345	2.191	325
	02 Hamburg	2.567	1.462	1.105	327
	03 Niedersachsen	5.793	3.975	1.806	1.095
	04 Bremen	1.194	595	598	148
	05 Nordrhein-Westfalen	17.600	11.360	6.233	3.629
	06 Hessen	3.096	2.061	1.034	827
	07 Rheinland-Pfalz	878	589	289	511
	08 Baden-Württemberg	5.290	2.850	2.440	1.107
	09 Bayern	6.191	3.889	2.300	1.598
	10 Saarland	1.358	1.084	270	48
	11 Berlin	7.198	4.053	3.142	1.148
	12 Brandenburg	8.807	5.440	3.348	201
	13 Mecklenburg-Vorpommern	8.252	4.608	3.635	514
	14 Sachsen	4.987	3.308	1.670	681
	15 Sachsen-Anhalt	11.287	5.858	5.424	289
	16 Thüringen	1.976	1.497	477	130
		Insgesamt	92.425	57.004	35.305
	01 Schleswig-Holstein	3.224	1.484	1.739	293
	02 Hamburg	3.236	1.842	1.392	331
	03 Niedersachsen	6.007	4.014	1.987	971

Tabelle 1 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Insgesamt

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

30.06.2009	04 Bremen	1.289	716	572	117	
	05 Nordrhein-Westfalen	17.655	11.909	5.739	3.740	
	06 Hessen	3.226	2.141	1.085	856	
	07 Rheinland-Pfalz	907	617	290	391	
	08 Baden-Württemberg	5.303	2.980	2.322	955	
	09 Bayern	6.621	4.214	2.404	1.622	
	10 Saarland	1.138	872	266	47	
	11 Berlin	7.745	4.691	3.053	1.373	
	12 Brandenburg	8.530	5.129	3.398	152	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	9.038	5.456	3.580	581	
	14 Sachsen	5.361	3.346	1.966	615	
	15 Sachsen-Anhalt	11.169	5.919	5.212	318	
	16 Thüringen	1.976	1.674	300	107	
	30.06.2010	Insgesamt	90.371	58.104	32.096	10.654
		01 Schleswig-Holstein	2.785	1.341	1.443	241
		02 Hamburg	2.950	1.727	1.213	244
03 Niedersachsen		5.886	3.968	1.915	851	
04 Bremen		1.327	793	533	128	
05 Nordrhein-Westfalen		16.630	11.237	5.322	2.802	
06 Hessen		3.016	2.057	955	701	
07 Rheinland-Pfalz		855	591	264	342	
08 Baden-Württemberg		4.605	3.014	1.590	905	
09 Bayern		7.143	4.964	2.176	1.327	
10 Saarland		1.103	818	285	53	
11 Berlin		7.339	5.163	2.175	1.559	
12 Brandenburg		8.621	5.363	3.256	161	
13 Mecklenburg-Vorpommern		10.339	6.205	4.130	390	
14 Sachsen		5.663	3.523	2.097	597	
15 Sachsen-Anhalt		10.058	5.572	4.461	242	
16 Thüringen	2.051	1.768	281	111		
30.06.2011	Insgesamt	95.709	-	-	9.418	
	01 Schleswig-Holstein	3.214	-	-	288	
	02 Hamburg	2.571	-	-	187	
	03 Niedersachsen	6.143	-	-	833	
	04 Bremen	1.469	-	-	134	
	05 Nordrhein-Westfalen	17.346	-	-	2.222	
	06 Hessen	2.755	-	-	563	
	07 Rheinland-Pfalz	881	-	-	353	
	08 Baden-Württemberg	5.392	-	-	979	
	09 Bayern	7.685	-	-	1.270	
	10 Saarland	1.156	-	-	58	
	11 Berlin	8.638	-	-	1.169	
	12 Brandenburg	8.723	-	-	118	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	10.390	-	-	376	
	14 Sachsen	6.604	-	-	527	
15 Sachsen-Anhalt	10.608	-	-	226		

Tabelle 1 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Insgesamt

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

	16 Thüringen	2.134	-	-	115
	Insgesamt	101.213	-	-	9.168
	01 Schleswig-Holstein	3.225	-	-	321
	02 Hamburg	2.464	-	-	176
	03 Niedersachsen	6.407	-	-	682
	04 Bremen	1.509	-	-	99
	05 Nordrhein-Westfalen	18.043	-	-	1.900
	06 Hessen	1.996	-	-	489
	07 Rheinland-Pfalz	1.081	-	-	395
30.06.2012	08 Baden-Württemberg	5.308	-	-	1.036
	09 Bayern	8.667	-	-	1.848
	10 Saarland	1.177	-	-	96
	11 Berlin	10.987	-	-	765
	12 Brandenburg	8.750	-	-	80
	13 Mecklenburg-Vorpommern	10.906	-	-	381
	14 Sachsen	7.771	-	-	609
	15 Sachsen-Anhalt	10.930	-	-	196
	16 Thüringen	1.992	-	-	95
	Insgesamt	104.937	60.573	44.306	9.035
	01 Schleswig-Holstein	3.412	1.764	1.646	305
	02 Hamburg	2.331	1.274	1.053	165
	03 Niedersachsen	6.506	4.040	2.466	704
	04 Bremen	1.374	851	523	68
	05 Nordrhein-Westfalen	19.911	12.120	7.777	1.841
	06 Hessen	2.336	1.478	855	522
	07 Rheinland-Pfalz	1.060	483	577	506
30.06.2013	08 Baden-Württemberg	4.778	2.579	2.191	864
	09 Bayern	8.963	5.845	3.114	1.880
	10 Saarland	1.156	801	355	79
	11 Berlin	11.589	7.244	4.339	664
	12 Brandenburg	8.758	5.158	3.597	87
	13 Mecklenburg-Vorpommern	11.230	5.873	5.352	377
	14 Sachsen	8.073	4.353	3.713	466
	15 Sachsen-Anhalt	11.859	5.578	6.279	434
	16 Thüringen	1.601	1.132	469	73
	Insgesamt	110.332	64.775	45.556	8.888
	01 Schleswig-Holstein	3.399	1.758	1.641	346
	02 Hamburg	2.508	1.415	1.092	183
	03 Niedersachsen	7.216	4.602	2.614	657
	04 Bremen	1.601	1.012	589	156
	05 Nordrhein-Westfalen	20.803	12.727	8.076	1.882
	06 Hessen	2.492	1.581	911	479
	07 Rheinland-Pfalz	2.050	1.356	694	564
30.06.2014	08 Baden-Württemberg	4.717	2.803	1.914	933
	09 Bayern	8.886	5.664	3.222	1.733
	10 Saarland	1.168	817	351	71

Tabelle 1 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Insgesamt

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

11 Berlin	12.932	8.675	4.257	605
12 Brandenburg	8.442	4.753	3.689	79
13 Mecklenburg-Vorpommern	11.970	6.243	5.727	304
14 Sachsen	8.543	4.545	3.998	371
15 Sachsen-Anhalt	11.737	5.579	6.158	472
16 Thüringen	1.868	1.245	623	53

Quelle: Statistik der BA

Tabelle 2 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Männer

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Stichtag	Polit Gebietsstruktur AO	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	Vollzeitbeschäftigt	Teilzeitbeschäftigt	
		1	2	3	4
30.06.2004	Insgesamt	6.644	4.305	2.330	1.304
	01 Schleswig-Holstein	593	208	385	64
	02 Hamburg	385	251	134	45
	03 Niedersachsen	350	287	60	81
	04 Bremen	110	12	98	12
	05 Nordrhein-Westfalen	1.837	1.409	426	304
	06 Hessen	349	227	122	118
	07 Rheinland-Pfalz	25	17	8	7
	08 Baden-Württemberg	208	167	41	83
	09 Bayern	529	397	132	129
	10 Saarland	81	*	*	4
	11 Berlin	770	493	274	269
	12 Brandenburg	241	187	54	24
	13 Mecklenburg-Vorpommern	169	118	51	9
	14 Sachsen	91	69	22	98
	15 Sachsen-Anhalt	818	300	517	53
	16 Thüringen	88	*	*	4
30.06.2005	Insgesamt	10.718	7.492	3.216	1.735
	01 Schleswig-Holstein	563	232	331	66
	02 Hamburg	642	403	239	81
	03 Niedersachsen	777	625	149	123
	04 Bremen	243	143	100	25
	05 Nordrhein-Westfalen	3.108	2.298	806	468
	06 Hessen	430	300	129	107
	07 Rheinland-Pfalz	26	19	7	10
	08 Baden-Württemberg	280	244	36	211
	09 Bayern	684	508	175	122
	10 Saarland	94	*	*	5
	11 Berlin	755	543	212	224
	12 Brandenburg	456	306	150	55
	13 Mecklenburg-Vorpommern	486	392	94	24
	14 Sachsen	867	739	127	125
	15 Sachsen-Anhalt	1.139	488	651	78
	16 Thüringen	168	*	*	11
	Insgesamt	15.906	10.961	4.932	2.187
	01 Schleswig-Holstein	416	174	242	90
	02 Hamburg	1.192	651	541	107
	03 Niedersachsen	1.770	1.209	557	210
	04 Bremen	252	161	91	30
	05 Nordrhein-Westfalen	4.191	3.020	1.170	563
	06 Hessen	711	528	182	179
	07 Rheinland-Pfalz	55	43	12	26

Tabelle 2 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Männer

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

30.06.2006	08 Baden-Württemberg	398	354	44	183
	09 Bayern	1.008	771	236	192
	10 Saarland	108	*	*	3
	11 Berlin	990	670	320	271
	12 Brandenburg	955	640	315	50
	13 Mecklenburg-Vorpommern	914	633	280	35
	14 Sachsen	1.045	915	126	120
	15 Sachsen-Anhalt	1.527	729	798	114
	16 Thüringen	374	*	*	14
30.06.2007	Insgesamt	23.942	16.819	7.105	3.003
	01 Schleswig-Holstein	639	234	405	122
	02 Hamburg	1.422	766	655	80
	03 Niedersachsen	1.834	1.335	495	227
	04 Bremen	321	186	135	43
	05 Nordrhein-Westfalen	6.060	4.387	1.671	835
	06 Hessen	773	643	130	195
	07 Rheinland-Pfalz	120	80	36	110
	08 Baden-Württemberg	652	531	121	166
	09 Bayern	1.667	1.261	406	338
	10 Saarland	445	427	18	8
	11 Berlin	1.861	1.134	726	317
	12 Brandenburg	2.099	1.541	558	86
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.669	1.140	529	154
	14 Sachsen	1.331	1.103	223	199
	15 Sachsen-Anhalt	2.348	1.646	702	100
	16 Thüringen	406	339	66	17
30.06.2008	Insgesamt	32.732	22.938	9.769	3.780
	01 Schleswig-Holstein	1.645	649	996	114
	02 Hamburg	1.273	724	549	136
	03 Niedersachsen	2.185	1.765	416	318
	04 Bremen	425	247	178	32
	05 Nordrhein-Westfalen	7.940	5.826	2.112	1.164
	06 Hessen	1.058	809	249	251
	07 Rheinland-Pfalz	231	177	54	119
	08 Baden-Württemberg	1.708	1.073	635	258
	09 Bayern	2.118	1.584	533	436
	10 Saarland	650	597	51	17
	11 Berlin	2.978	1.925	1.051	418
	12 Brandenburg	2.743	2.045	693	76
	13 Mecklenburg-Vorpommern	2.549	1.825	724	163
	14 Sachsen	1.528	1.240	282	178
	15 Sachsen-Anhalt	2.986	1.877	1.107	67
	16 Thüringen	715	575	139	33
	Insgesamt	33.914	24.565	9.317	3.919
	01 Schleswig-Holstein	1.513	711	802	96
	02 Hamburg	1.497	898	598	133

Tabelle 2 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Männer

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

30.06.2009	03 Niedersachsen	2.373	1.900	471	278	
	04 Bremen	479	319	160	38	
	05 Nordrhein-Westfalen	8.106	6.165	1.939	1.329	
	06 Hessen	1.126	884	242	226	
	07 Rheinland-Pfalz	217	180	37	81	
	08 Baden-Württemberg	1.635	1.089	545	240	
	09 Bayern	2.253	1.695	557	384	
	10 Saarland	519	476	43	20	
	11 Berlin	3.475	2.407	1.068	568	
	12 Brandenburg	2.561	1.934	624	37	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	2.887	2.154	733	215	
	14 Sachsen	1.592	1.195	381	176	
	15 Sachsen-Anhalt	2.977	1.890	1.082	73	
	16 Thüringen	704	668	35	25	
	30.06.2010	Insgesamt	34.298	25.736	8.483	3.420
		01 Schleswig-Holstein	1.309	658	651	74
02 Hamburg		1.452	906	543	104	
03 Niedersachsen		2.243	1.807	434	254	
04 Bremen		510	344	166	43	
05 Nordrhein-Westfalen		7.801	5.967	1.792	951	
06 Hessen		1.052	851	201	210	
07 Rheinland-Pfalz		216	182	34	68	
08 Baden-Württemberg		1.534	1.171	362	211	
09 Bayern		2.546	2.069	477	302	
10 Saarland		469	417	52	22	
11 Berlin		3.613	2.799	814	728	
12 Brandenburg		2.765	2.132	631	57	
13 Mecklenburg-Vorpommern		3.301	2.407	892	132	
14 Sachsen		1.836	1.335	480	174	
15 Sachsen-Anhalt		2.868	1.941	922	56	
16 Thüringen	783	750	32	34		
30.06.2011	Insgesamt	36.766			2.867	
	01 Schleswig-Holstein	1.492			77	
	02 Hamburg	1.277			69	
	03 Niedersachsen	2.384			231	
	04 Bremen	564			47	
	05 Nordrhein-Westfalen	8.070			658	
	06 Hessen	982			162	
	07 Rheinland-Pfalz	217			75	
	08 Baden-Württemberg	1.843			231	
	09 Bayern	2.659			288	
	10 Saarland	483			19	
	11 Berlin	4.432			569	
	12 Brandenburg	2.866			44	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3.351			140	
14 Sachsen	2.253			178		

Tabelle 2 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Männer

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

	15 Sachsen-Anhalt	3.060			49
	16 Thüringen	833			30
30.06.2012	Insgesamt	39.366			2.767
	01 Schleswig-Holstein	1.529			93
	02 Hamburg	1.249			69
	03 Niedersachsen	2.499			186
	04 Bremen	601			38
	05 Nordrhein-Westfalen	8.415			505
	06 Hessen	675			129
	07 Rheinland-Pfalz	281			102
	08 Baden-Württemberg	1.773			247
	09 Bayern	2.930			567
	10 Saarland	486			27
	11 Berlin	5.665			347
	12 Brandenburg	2.901			24
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3.675			154
	14 Sachsen	2.725			214
	15 Sachsen-Anhalt	3.184			40
	16 Thüringen	778			25
30.06.2013	Insgesamt	41.671	29.351	12.295	2.803
	01 Schleswig-Holstein	1.676	976	699	111
	02 Hamburg	1.164	688	475	64
	03 Niedersachsen	2.547	1.969	578	195
	04 Bremen	551	412	139	19
	05 Nordrhein-Westfalen	9.452	6.856	2.588	491
	06 Hessen	869	709	157	126
	07 Rheinland-Pfalz	302	203	99	164
	08 Baden-Württemberg	1.631	1.137	492	205
	09 Bayern	2.988	2.446	541	575
	10 Saarland	471	400	71	27
	11 Berlin	6.001	4.199	1.799	308
	12 Brandenburg	2.953	2.301	651	25
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3.850	2.586	1.263	172
	14 Sachsen	2.898	1.878	1.017	165
	15 Sachsen-Anhalt	3.768	2.117	1.650	139
	16 Thüringen	550	474	76	17
30.06.2014	Insgesamt	44.958	32.064	12.894	2.865
	01 Schleswig-Holstein	1.694	1.004	690	116
	02 Hamburg	1.250	791	459	87
	03 Niedersachsen	2.859	2.278	581	200
	04 Bremen	622	477	145	53
	05 Nordrhein-Westfalen	10.211	7.443	2.768	527
	06 Hessen	933	763	170	127
	07 Rheinland-Pfalz	781	650	131	189
	08 Baden-Württemberg	1.672	1.279	393	234
	09 Bayern	2.993	2.419	574	565

Tabelle 2 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Männer

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

10 Saarland	463	389	74	22
11 Berlin	6.657	4.913	1.744	273
12 Brandenburg	2.823	2.124	699	26
13 Mecklenburg-Vorpommern	4.227	2.767	1.460	130
14 Sachsen	3.127	2.037	1.090	129
15 Sachsen-Anhalt	3.930	2.175	1.755	172
16 Thüringen	716	555	161	15

Quelle: Statistik der BA

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Tabelle 3 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Frauen

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

Stichtag	Polit Gebietsstruktur AO	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			geringfügig Beschäftigte
		Insgesamt	Vollzeitbeschäftigt	Teilzeitbeschäftigt	
		1	2	3	
30.06.2004	Insgesamt	13.352	6.492	6.842	3.600
	01 Schleswig-Holstein	650	314	336	70
	02 Hamburg	380	242	138	37
	03 Niedersachsen	995	621	366	480
	04 Bremen	186	8	178	81
	05 Nordrhein-Westfalen	1.893	1.165	727	890
	06 Hessen	538	301	234	230
	07 Rheinland-Pfalz	116	42	74	43
	08 Baden-Württemberg	581	338	243	227
	09 Bayern	1.207	694	511	455
	10 Saarland	48	*	*	15
	11 Berlin	1.324	815	505	450
	12 Brandenburg	935	451	484	96
	13 Mecklenburg-Vorpommern	719	276	443	47
	14 Sachsen	304	247	57	263
	15 Sachsen-Anhalt	3.301	804	2.497	187
	16 Thüringen	175	*	*	29
30.06.2005	Insgesamt	21.299	11.136	10.143	4.343
	01 Schleswig-Holstein	625	343	282	88
	02 Hamburg	698	388	310	54
	03 Niedersachsen	1.596	1.081	503	483
	04 Bremen	493	229	264	108
	05 Nordrhein-Westfalen	3.382	2.014	1.368	1.075
	06 Hessen	824	525	299	245
	07 Rheinland-Pfalz	120	33	86	46
	08 Baden-Württemberg	625	386	238	430
	09 Bayern	1.490	848	640	572
	10 Saarland	72	*	*	12
	11 Berlin	1.530	978	550	419
	12 Brandenburg	1.777	813	964	178
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.652	800	851	73
	14 Sachsen	1.977	1.227	749	308
	15 Sachsen-Anhalt	4.173	1.182	2.991	212
	16 Thüringen	265	*	*	40
	Insgesamt	29.612	15.339	14.250	5.556
	01 Schleswig-Holstein	524	281	243	106
	02 Hamburg	1.152	614	538	129
	03 Niedersachsen	2.790	1.404	1.372	714
	04 Bremen	465	233	232	79
	05 Nordrhein-Westfalen	4.767	2.711	2.055	1.299
	06 Hessen	1.099	693	406	428
	07 Rheinland-Pfalz	179	69	109	164

Tabelle 3 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Frauen

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

30.06.2006	08 Baden-Württemberg	830	531	299	430
	09 Bayern	2.739	1.528	1.210	771
	10 Saarland	94	*	*	12
	11 Berlin	1.772	1.046	726	466
	12 Brandenburg	2.680	1.294	1.386	159
	13 Mecklenburg-Vorpommern	2.555	1.120	1.433	82
	14 Sachsen	2.542	1.614	926	403
	15 Sachsen-Anhalt	4.799	1.581	3.218	276
	16 Thüringen	625	*	*	38
30.06.2007	Insgesamt	43.184	23.613	19.544	7.039
	01 Schleswig-Holstein	967	364	603	161
	02 Hamburg	1.319	659	658	160
	03 Niedersachsen	2.949	1.644	1.296	713
	04 Bremen	507	250	257	98
	05 Nordrhein-Westfalen	6.595	3.858	2.737	1.858
	06 Hessen	1.537	986	551	415
	07 Rheinland-Pfalz	416	247	160	344
	08 Baden-Württemberg	1.398	821	577	556
	09 Bayern	3.602	2.062	1.539	946
	10 Saarland	598	424	174	18
	11 Berlin	2.727	1.376	1.350	471
	12 Brandenburg	4.865	2.853	2.012	144
	13 Mecklenburg-Vorpommern	4.769	2.337	2.430	272
	14 Sachsen	3.104	1.867	1.235	501
	15 Sachsen-Anhalt	6.399	3.112	3.287	305
	16 Thüringen	774	596	177	73
30.06.2008	Insgesamt	57.280	31.036	26.193	8.798
	01 Schleswig-Holstein	1.893	696	1.195	211
	02 Hamburg	1.294	738	556	191
	03 Niedersachsen	3.608	2.210	1.390	777
	04 Bremen	769	348	420	116
	05 Nordrhein-Westfalen	9.660	5.534	4.121	2.465
	06 Hessen	2.038	1.252	785	576
	07 Rheinland-Pfalz	647	412	235	392
	08 Baden-Württemberg	3.582	1.777	1.805	849
	09 Bayern	4.073	2.305	1.767	1.162
	10 Saarland	708	487	219	31
	11 Berlin	4.220	2.128	2.091	730
	12 Brandenburg	6.064	3.395	2.655	125
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5.703	2.783	2.911	351
	14 Sachsen	3.459	2.068	1.388	503
	15 Sachsen-Anhalt	8.301	3.981	4.317	222
	16 Thüringen	1.261	922	338	97
	Insgesamt	58.511	32.439	25.988	8.550
	01 Schleswig-Holstein	1.711	773	937	197
	02 Hamburg	1.739	944	794	198

Tabelle 3 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Frauen

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

30.06.2009	03 Niedersachsen	3.634	2.114	1.516	693	
	04 Bremen	810	397	412	79	
	05 Nordrhein-Westfalen	9.549	5.744	3.800	2.411	
	06 Hessen	2.100	1.257	843	630	
	07 Rheinland-Pfalz	690	437	253	310	
	08 Baden-Württemberg	3.668	1.891	1.777	715	
	09 Bayern	4.368	2.519	1.847	1.238	
	10 Saarland	619	396	223	27	
	11 Berlin	4.270	2.284	1.985	805	
	12 Brandenburg	5.969	3.195	2.774	115	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	6.151	3.302	2.847	366	
	14 Sachsen	3.769	2.151	1.585	439	
	15 Sachsen-Anhalt	8.192	4.029	4.130	245	
	16 Thüringen	1.272	1.006	265	82	
	30.06.2010	Insgesamt	56.073	32.368	23.613	7.234
		01 Schleswig-Holstein	1.476	683	792	167
02 Hamburg		1.498	821	670	140	
03 Niedersachsen		3.643	2.161	1.481	597	
04 Bremen		817	449	367	85	
05 Nordrhein-Westfalen		8.829	5.270	3.530	1.851	
06 Hessen		1.964	1.206	754	491	
07 Rheinland-Pfalz		639	409	230	274	
08 Baden-Württemberg		3.071	1.843	1.228	694	
09 Bayern		4.597	2.895	1.699	1.025	
10 Saarland		634	401	233	31	
11 Berlin		3.726	2.364	1.361	831	
12 Brandenburg		5.856	3.231	2.625	104	
13 Mecklenburg-Vorpommern		7.038	3.798	3.238	258	
14 Sachsen		3.827	2.188	1.617	423	
15 Sachsen-Anhalt		7.190	3.631	3.539	186	
16 Thüringen	1.268	1.018	249	77		
30.06.2011	Insgesamt	58.943			6.551	
	01 Schleswig-Holstein	1.722			211	
	02 Hamburg	1.294			118	
	03 Niedersachsen	3.759			602	
	04 Bremen	905			87	
	05 Nordrhein-Westfalen	9.276			1.564	
	06 Hessen	1.773			401	
	07 Rheinland-Pfalz	664			278	
	08 Baden-Württemberg	3.549			748	
	09 Bayern	5.026			982	
	10 Saarland	673			39	
	11 Berlin	4.206			600	
	12 Brandenburg	5.857			74	
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7.039			236	
14 Sachsen	4.351			349		

Tabelle 3 zu Frage 14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))

Deutschland

Zeitreihe

Frauen

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

	15 Sachsen-Anhalt	7.548			177
	16 Thüringen	1.301			85
30.06.2012	Insgesamt	61.847			6.401
	01 Schleswig-Holstein	1.696			228
	02 Hamburg	1.215			107
	03 Niedersachsen	3.908			496
	04 Bremen	908			61
	05 Nordrhein-Westfalen	9.628			1.395
	06 Hessen	1.321			360
	07 Rheinland-Pfalz	800			293
	08 Baden-Württemberg	3.535			789
	09 Bayern	5.737			1.281
	10 Saarland	691			69
	11 Berlin	5.322			418
	12 Brandenburg	5.849			56
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7.231			227
	14 Sachsen	5.046			395
	15 Sachsen-Anhalt	7.746			156
	16 Thüringen	1.214			70
30.06.2013	Insgesamt	63.266	31.222	32.011	6.232
	01 Schleswig-Holstein	1.736	788	947	194
	02 Hamburg	1.167	586	578	101
	03 Niedersachsen	3.959	2.071	1.888	509
	04 Bremen	823	439	384	49
	05 Nordrhein-Westfalen	10.459	5.264	5.189	1.350
	06 Hessen	1.467	769	698	396
	07 Rheinland-Pfalz	758	280	478	342
	08 Baden-Württemberg	3.147	1.442	1.699	659
	09 Bayern	5.975	3.399	2.573	1.305
	10 Saarland	685	401	284	52
	11 Berlin	5.588	3.045	2.540	356
	12 Brandenburg	5.805	2.857	2.946	62
	13 Mecklenburg-Vorpommern	7.380	3.287	4.089	205
	14 Sachsen	5.175	2.475	2.696	301
	15 Sachsen-Anhalt	8.091	3.461	4.629	295
	16 Thüringen	1.051	658	393	56
30.06.2014	Insgesamt	65.374	32.711	32.662	6.023
	01 Schleswig-Holstein	1.705	754	951	230
	02 Hamburg	1.258	624	633	96
	03 Niedersachsen	4.357	2.324	2.033	457
	04 Bremen	979	535	444	103
	05 Nordrhein-Westfalen	10.592	5.284	5.308	1.355
	06 Hessen	1.559	818	741	352
	07 Rheinland-Pfalz	1.269	706	563	375
	08 Baden-Württemberg	3.045	1.524	1.521	699
	09 Bayern	5.893	3.245	2.648	1.168

Tabelle 3 zu Frage 14**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort nach Voll-, Teilzeit und Wirtschaftszweig Call-Center (WZ 2003 2004-2007 (7486), WZ 2008 2008-2014 (822))**

Deutschland

Zeitreihe

Frauen

Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

10 Saarland	705	428	277	49
11 Berlin	6.275	3.762	2.513	332
12 Brandenburg	5.619	2.629	2.990	53
13 Mecklenburg-Vorpommern	7.743	3.476	4.267	174
14 Sachsen	5.416	2.508	2.908	242
15 Sachsen-Anhalt	7.807	3.404	4.403	300
16 Thüringen	1.152	690	462	38

Quelle: Statistik der BA

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Tabelle zu Frage 16
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wohnort und erwerbstätige ALG II-Bezieher - Callcenterbranche (WZ08 822)

Deutschland und Länder
 Juni 2014

	Insgesamt										Callcenterbranche (WZ08 822)														
	Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte		abhängig erwerbstätige ALG II-Bezieher		darunter				Sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte		abhängig erwerbstätige ALG II-Bezieher		darunter		darunter										
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16									
Deutschland	29.780.334	1.196.898	586.423	2,0	2.10.427	375.995	109.399	6.344	5.881	5,4	2.024	3.857	983.189	44.853	22.207	2,3	7.495	14.712	3.816	317	294	7,7	108	186	
Schleswig-Holstein	659.714	33.002	18.395	2,8	5.236	13.159	1.971	121	112	5,7	27	85	2.827.284	117.851	56.381	2,0	19.417	36.964	7.656	419	384	5,0	162	222	
02 Hamburg	220.092	17.700	8.151	3,7	2.512	5.639	1.143	78	70	6,1	20	50	659.714	33.002	18.395	2,8	5.236	13.159	1.971	121	112	5,7	27	85	
03 Niedersachsen	6.155.863	286.791	120.477	2,0	43.751	76.726	20.666	877	770	3,7	306	464	2.827.284	117.851	56.381	2,0	19.417	36.964	7.656	419	384	5,0	162	222	
04 Bremen	2.219.947	79.284	40.944	1,8	13.490	27.454	2.704	140	112	4,1	41	71	6.155.863	286.791	120.477	2,0	43.751	76.726	20.666	877	770	3,7	306	464	
05 Nordrhein-Westfalen	1.444.199	41.540	19.249	1,3	6.990	12.259	2.491	73	60	2,4	16	44	2.219.947	79.284	40.944	1,8	13.490	27.454	2.704	140	112	4,1	41	71	
06 Hessen	4.093.276	83.769	39.425	1,0	13.781	25.644	4.083	147	121	3,0	33	88	1.444.199	41.540	19.249	1,3	6.990	12.259	2.491	73	60	2,4	16	44	
07 Rheinland-Pfalz	4.957.251	82.407	42.182	0,9	14.782	27.400	8.417	255	204	2,4	54	150	4.093.276	83.769	39.425	1,0	13.781	25.644	4.083	147	121	3,0	33	88	
08 Baden-Württemberg	344.979	14.632	7.379	2,1	2.446	4.933	1.220	50	47	3,9	20	27	4.957.251	82.407	42.182	0,9	14.782	27.400	8.417	255	204	2,4	54	150	
09 Bayern	1.135.741	107.201	60.876	5,4	19.684	41.192	11.805	835	780	6,6	366	414	344.979	14.632	7.379	2,1	2.446	4.933	1.220	50	47	3,9	20	27	
10 Saarland	928.539	56.526	28.978	3,1	11.184	17.794	8.985	594	583	6,5	155	428	1.135.741	107.201	60.876	5,4	19.684	41.192	11.805	835	780	6,6	366	414	
11 Berlin	592.885	42.303	23.250	3,9	9.564	13.696	11.818	840	814	6,9	253	561	928.539	56.526	28.978	3,1	11.184	17.794	8.985	594	583	6,5	155	428	
12 Brandenburg	1.536.223	90.533	46.479	3,0	19.324	27.155	8.877	719	682	7,7	231	451	592.885	42.303	23.250	3,9	9.564	13.696	11.818	840	814	6,9	253	561	
13 Mecklenburg-Vorpommern	840.734	58.533	30.745	3,7	12.214	18.531	11.639	755	727	6,2	185	543	1.536.223	90.533	46.479	3,0	19.324	27.155	8.877	719	682	7,7	231	451	
14 Sachsen	840.418	39.973	21.304	2,5	8.567	12.737	2.108	124	121	5,7	47	74	840.734	58.533	30.745	3,7	12.214	18.531	11.639	755	727	6,2	185	543	
15 Sachsen-Anhalt													840.418	39.973	21.304	2,5	8.567	12.737	2.108	124	121	5,7	47	74	
16 Thüringen																									

Quelle: Statistik der BA

Tabelle zu Frage 17
BG-Konzept: erwerbstätige ALGII-Bezieher und deren BG-SGBII-Zahlungsanspruch - Callcenterbranche (WZ08 822)

Deutschland
 Jahresdurchschnittswerte, Datenstand: März 2015

Jahr	Bestand an Bedarfsgemeinschaften (Callcenterbranche - WZ08 822)		
	Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Durchschnitt)	Höhe an SGBII-Zahlungsanspruch für BG in Euro (Summe)	Durchschnittlicher monatlicher Zahlungsanspruch in Euro
	1	2	3
2007	5.657	33.047.912	487
2008	6.293	34.306.128	454
2009	5.507	30.998.911	469
2010	4.588	25.489.246	463
2011	5.071	26.542.738	436
2012	5.555	28.967.376	435
2013	5.788	30.880.980	445

Quelle: Statistik der BA

Tabelle zu Frage 18
Eintritte von Teilnehmern in ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente nach der Wirtschaftsgruppe des Arbeitgebers bzw. Trägers (WZ 2008)
 Deutschland (Gebietsstand des jeweiligen Stichtags)
 2009 - 2014, Datenstand: März 2015

Maßnahmenart Gruppe	Wirtschaftsgruppe des Arbeitgebers bzw. Trägers (WZ 2008)	Jahr 2009			Jahr 2010			Jahr 2011			Jahr 2012			Jahr 2013			Jahr 2014		
		SGB III	SGB II	SGB I	SGB III	SGB II	SGB I	SGB III	SGB II	SGB I	SGB III	SGB II	SGB I	SGB III	SGB II	SGB I	SGB III	SGB II	SGB I
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Summe	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	1.314.544 6.843 136.323	1.080.375 5.935 189.121	1.033.348 5.743 90.816	1.261.393 5.315 208.257	608.119 4.457 34.549	1.013.325 5.317 12.318	495.033 3.752 12.318	893.840 3.844 126.858	540.044 3.380 42.845	886.768 3.844 158.717	560.032 3.175 57.867	886.768 3.844 158.717	540.044 3.380 42.845	886.768 3.844 158.717	560.032 3.175 57.867	886.768 3.844 158.717	540.044 3.380 42.845	886.768 3.844 158.717
Maßnahmen zur Aktivierung u. beruflichen Eingliederung	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	644.161 4.981	550.777 4.313	659.728 4.523	960.924 4.143	420.041 3.622	781.210 4.312	361.974 3.044	750.614 3.486	409.485 2.632	775.418 2.885	425.977 2.458	750.614 3.486	409.485 2.632	775.418 2.885	425.977 2.458	750.614 3.486	409.485 2.632	775.418 2.885
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	3.286 3.091	1.035 956	3.617 714	1.162 235	3.365 34	866 61	3.163 13	1.014 52	3.174 5	841 62	2.775 15	3.174 5	841 62	2.775 15	3.174 5	841 62	2.775 15	3.174 5
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	112 -	91 -	137 -	85 -	145 5	38 -	123 4	112 -	129 6	32 -	152 -	129 6	32 -	152 -	129 6	32 -	152 -	129 6
Vermittlungsgutschein	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	- -	6.377 -	29.666 5	37.297 17	23.160 3	34.138 6	9.878 -	14.367 -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für behinderte u. schwerbehinderte Menschen	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	3.879 81	738 79	3.623 62	668 57	3.753 64	734 70	3.417 3	734 -	3.089 -	633 -	2.876 -	3.089 -	633 -	2.876 -	3.089 -	633 -	2.876 -	3.089 -
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	159 *	10 *	147 *	4 *	179 *	10 *	156 *	19 *	138 *	12 *	140 *	138 *	12 *	140 *	138 *	12 *	140 *	138 *
Einstiegsqualifizierung	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	23.771 22	9.693 14	21.994 17	9.900 7	18.368 199	8.709 7	14.582 11	7.744 8	12.666 24	7.193 901	11.562 18	12.666 24	7.193 901	11.562 18	12.666 24	7.193 901	11.562 18	12.666 24
Ausbildungsbonus	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	18.959 47	- 37	15.771 -	- -	17.756 18	- -	426 -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
berufliche Weiterbildung (betriebliche Einzelschulungen und beschäftigte Arbeitnehmer im Rahmen von WeGebAU)	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	68.178 24	4.118 306	90.980 306	4.071 -	24.543 199	3.579 -	14.827 122	4.421 -	15.507 26	5.068 -	18.671 32	15.507 26	5.068 -	18.671 32	15.507 26	5.068 -	18.671 32	15.507 26
allgemeine Maßn. z. Weiterbildung Reha	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	6.494 3	7.210 -	5.293 -	6.343 -	4.973 -	4.787 -	4.827 *	3.935 *	4.825 28	3.188 258	4.563 17	4.825 28	3.188 258	4.563 17	4.825 28	3.188 258	4.563 17	4.825 28
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	37.871 155	210 3	15.368 127	136 201	7.600 82	66 12	6.673 3	47 9	7.381 6	108 37	8.531 39	7.381 6	108 37	8.531 39	7.381 6	108 37	8.531 39	7.381 6
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	123.174 155	- -	65.982 55	- -	8.522 17	- -	4.226 34	- -	2.975 6	- -	3.942 -	2.975 6	- -	3.942 -	2.975 6	- -	3.942 -	2.975 6
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßn.	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	227.273 343	252.277 403	184 23	9.827 4.244	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -	- -
Eingliederungszuschuss	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	142.523 1.061	123.640 1.163	104.431 602	136.896 1.110	76.434 455	110.861 957	59.847 424	83.663 767	71.458 633	74.111 923	72.256 599	71.458 633	74.111 923	72.256 599	71.458 633	74.111 923	72.256 599	71.458 633
Eingliederungszuschuss f. besonders betroffene Schwerbehinderte	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	7.396 151	3.702 395	6.806 116	4.268 364	6.615 77	4.260 436	6.087 11	3.373 444	5.723 19	3.250 435	5.623 13	5.723 19	3.250 435	5.623 13	5.723 19	3.250 435	5.623 13	5.723 19

Beschäftigungszuschuss	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	-	26.752	-	8.005	-	2.982	-	517	-	-	-
		-	3	-	*	-	-	-	-	-	-	-
		-	3.223	-	1.174	-	707	-	113	-	-	-
Einstellungszuschuss für Neugründungen	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	134	190	-	*	-	-	-	-	-	-	-
		-	*	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		5	50	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	28	20	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		-	*	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	72	369	59	340	*	16	-	-	-	-	-
		*	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		46	46	3	29	-	6	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	5.425	24	5.435	37	5.474	21	983	18	-	-	-
		5	10	10	-	20	-	*	-	-	-	-
		95	*	66	12	83	7	4	10	-	-	-
unterstützte Beschäftigung Reha	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	1.659	-	1.914	-	2.674	-	2.589	-	2.822	-	2.794
		156	-	156	-	184	-	35	-	21	-	5
Arbeitsgelegenheiten - Einzelvariante	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	-	93.142	-	80.429	-	39.048	-	7.705	-	-	-
		-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
		-	17.012	-	12.548	-	5.836	-	430	-	-	-
Förderung von Arbeitsverhältnissen	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	-	-	-	-	-	-	-	3.728	-	9.812	8.329
		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-	-	224	-	1.364	327
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	-	-	-	-	-	22.000	-	17.829	-	7.102	3.064
		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	2.344	-	1.405	-	280	93
Europäischer Globalisierungsfonds	Insgesamt, darunter 822 Call Center Keine Angabe	-	-	2.213	-	-	-	1.245	-	672	-	170
		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Statistik der BA

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Methodische Hinweise - Bruttoarbeitsentgelte

Grundlagen der Entgeltstatistik und Besonderheiten

Die Ergebnisse zu den Bruttoarbeitsentgelten stammen aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung.

Dabei handelt es sich um eine Vollerhebung aller sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten in Deutschland.

Zum sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelt zählen nach §14 SGB IV alle laufenden und einmaligen Einnahmen, beispielsweise auch:

Urlaubs- und Weihnachtsgelder, Tantiemen, Gratifikationen,
Mehrarbeits-/Überstundenvergütungen und Mehrarbeitszuschläge,
Familienzuschläge,
Gefahrenzuschläge und Schmutzzulagen,
Provisionen und Abfindungen.

Auswertungen über das Entgelt aus der Beschäftigungsstatistik sind aufgrund der Methodik des Meldeverfahrens zur Sozialversicherung **nur für den Stichtag 31.12.** methodisch sinnvoll und aussagefähig. Dies liegt daran, dass die Jahresmeldungen des Vorjahres von den Arbeitgebern bis zum 15. April abzugeben sind. Im Rahmen der Quartalsauswertung der BA für den Stichtag 31.12. mit 6-monatiger Wartezeit fließen diese somit nahezu vollständig ein. Bei allen anderen Quartals-Stichtagen ist der Anteil an Anmeldungen, welche keine Entgeltangabe enthalten, deutlich größer.

Die Darstellungen und Analysen werden durchgehend auf sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) eingeschränkt. Auf diese Weise können Vergleiche - etwa zwischen Personengruppen oder Regionen - durchgeführt werden, die in ihrer Aussagekraft nicht durch unterschiedliche Anteile von Teilzeitbeschäftigten oder Auszubildenden beeinträchtigt sind.

Berechnung des durchschnittlichen monatlichen Bruttoarbeitsentgeltes

Zwar werden die Beschäftigten zum Stichtag 31.12. "gemessen", aber ihre sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelte beziehen sich immer auf einen Beschäftigungszeitraum. Dieser kann das gesamte Kalenderjahr, im Extremfall aber auch nur einen Tag (den 31.12.) umfassen.

Um **vergleichbare Angaben** zu erhalten, müssen daher die **Entgeltangaben auf einen einheitlichen Zeitraum normiert und auf Vollzeitbeschäftigung eingeschränkt werden**. Dies geschieht durch die Berechnung des durchschnittlichen monatlichen Bruttomonatsentgeltes von sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten ohne Auszubildende nach folgender Formel:

Durchschnittliches Bruttomonatsentgelt = Entgelte in Euro / Beschäftigungstage x 365,25 / 12

Aufgrund dieser Rechenvorschrift können sich insbesondere bei der Umrechnung von in kurzen Beschäftigungszeiträumen erzielten Arbeitsentgelten auf durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelte Werte ergeben, die die Beitragsbemessungsgrenze deutlich überschreiten. Umgekehrt führt die Rechenvorschrift bei bestimmten Konstellationen für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. geringfügig entlohnt Beschäftigte zu Werten unter bzw. über der Geringfügigkeitsgrenze.

Bei einer zu geringen Anzahl an Beschäftigten ist die Aussagekraft von Entgeltverteilungen eingeschränkt. Deshalb veröffentlicht die Statistik der BA keine Medianentgelte in Regionen bzw. bei Merkmalskombinationen mit weniger als 1.000 Beschäftigten. Gleiches gilt oberhalb der Bemessungsgrenze. In diesen Fällen wird der ermittelte Wert durch "X" ersetzt.

Beitragsbemessungsgrenze

Von den Arbeitgebern ist das sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung in die Meldungen einzutragen. Bei der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung handelt es sich um die Einkommenshöhe, bis zu der in Deutschland die Beiträge zur Rentenversicherung von dem Pflichtigen erhoben werden dürfen. Einkommen, welche die Beitragsbemessungsgrenze übersteigen, werden nicht zum Sozialversicherungsbeitrag herangezogen. Die Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung wird jährlich von der Bundesregierung durch Rechtsverordnung den Durchschnittseinkommen in Deutschland angepasst.

Weitere Informationen zur Beitragsbemessungsgrenze wie auch zum Thema allgemein finden Sie im Sonderbericht zu sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelten:

Median

Die **Zensierung der Einkommensverteilung am oberen Rand** hat zur Folge, dass die Berechnung von Mittelwerten, wie dem arithmetischen Mittel, methodisch nicht sinnvoll ist, da die tatsächlichen Bruttoentgelte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht bekannt sind. Ein geeignetes Mittel, um die Streuung der Entgelte zu charakterisieren, sind Quantile. Dabei ist der **Median** das 50%-Quantil: Die Hälfte der Beschäftigten erzielt ein geringeres Entgelt als der Medianwert, die andere Hälfte ein höheres Entgelt.

Der Median hat gegenüber dem arithmetischen Mittel folgende Vorteile: Eine offene obere Grenze verhindert nicht die Berechnung des Medians, wenn der Median kleiner ist als der Wertebereich der offenen oberen Klasse. Außerdem ist der Median - anders als das arithmetische Mittel - gegenüber sogenannten Ausreißern robust, also gegenüber Werten, die extrem von anderen Werten abweichen. Da die Einkommensverteilung der Beschäftigten in den statistischen Auswertungssystemen der BA aus pragmatischen Gründen nur in klassierter Form (100 Euro-Schritte) vorliegt, muss zur Berechnung des Medians eine Näherungslösung angewendet werden.

Schwelle des unteren Entgeltbereichs

Die Beschäftigten im unteren Entgeltbereich sind in den letzten Jahren ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt. Um den unteren Entgeltbereich abzugrenzen, muss zunächst eine Definition erfolgen. In Anlehnung an die "Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)" gilt hier als Beschäftigter des unteren Entgeltbereichs, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter weniger als 2/3 des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielt (Schwelle des unteren Entgeltbereichs).

Methodische Hinweise - Revision der Beschäftigungsstatistik zum 28. August 2014

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat die Datenaufbereitung für die Beschäftigungsstatistik modernisiert, um genauere Ergebnisse zu erzielen und die Beschäftigungsstatistik weiter ausbauen zu können. Der Datenabruf wurde präzisiert sowie die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung überprüft und um neue Personengruppen erweitert.

Auswirkungen

Die Beschäftigungsdaten wurden rückwirkend ab 1999 revidiert. Dadurch wird eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf ermöglicht. Auf den Bestand der Beschäftigten wirken sich vor allem die neu hinzugekommenen Personengruppen aus, während für die begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse größtenteils der verfeinerte Datenabruf den Unterschied zu den bisherigen Ergebnissen erklärt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die Revision führt durch die Einbeziehung neuer Personengruppen zu einer Erhöhung des Bestands. Die neu hinzugekommenen Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen wirken sich vor allem auf den Wirtschaftsabschnitt „Q Gesundheits- und Sozialwesen“ aus. Für diese Personengruppe liegen derzeit noch keine Informationen zur ausgeübten Tätigkeit vor. Die Erweiterung um Personen, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr oder einen Bundesfreiwilligendienst leisten, spiegelt sich vor allem im Berufsbereich „Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung“ wider.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöht sich bundesweit für aktuelle Stichtage um rund 350.000 oder 1,2 Prozent (30.06.2013). Die Bestandsänderung variiert im Zeitverlauf und fällt für frühere Jahre deutlich geringer aus.

Geringfügig Beschäftigte

Die geringfügige Beschäftigung wurde nicht um weitere Personengruppen erweitert. Somit ist die Ursache der Datenveränderung ausschließlich die neue Datenaufbereitung, durch die die Art der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtig oder geringfügig oder beides) genauer ermittelt werden kann. Die Anzahl der geringfügig entlohnenden Beschäftigten im Nebenjob verringert sich bundesweit durch die Revision um rund 300.000 oder 11,3 Prozent. Dagegen fällt die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnenden Beschäftigten um 250.000 oder 5,1 Prozent (30.06.2013) höher aus.

Begonnene und beendete Beschäftigungsverhältnisse

Auch auf die begonnenen und die beendeten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat die Datenrevision deutliche Auswirkungen. Die Ursache liegt in der nun besseren Identifikation der Übergänge in oder aus den Beschäftigungsverhältnissen. Die Anzahl der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland steigt im Berichtsjahr 2013 um 1,84 Mio. oder 25,0 Prozent, während die Anzahl der beendeten Beschäftigungsverhältnisse im gleichen Zeitraum um 1,44 Mio. oder 18,9 Prozent steigt.

Regionale Unterschiede

Die Revision wirkt sich in den verschiedenen Regionen unterschiedlich stark aus. Während in Hamburg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich um 0,4 Prozent steigt, ist in Sachsen-Anhalt ein Anstieg von 2,0 Prozent feststellbar. Diese Unterschiede lassen sich durch die unterschiedliche Verteilung der Beschäftigten in Werkstätten für behinderte Menschen erklären, aber auch durch die unterschiedliche Konstanz von Beschäftigungsverhältnissen in den Regionen.

Besonderheiten bei den Altersgruppen

Der präzisere Datenabruf des Übergangs von einer sozialversicherungspflichtigen zu einer geringfügigen Beschäftigung (und umgekehrt) und die zusätzlich einbezogenen Personengruppen führen zu unterschiedlichen Veränderungen in den Altersgruppen. So gibt es überdurchschnittliche Auswirkungen der Revision auf 15- bis unter 25-jährige Beschäftigte.

Weiterführende Informationen zur Datenrevision finden Sie im Methodenbericht

„Beschäftigungsstatistik Revision 2014“:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Methodenberichte-Beschaeftigungsstatistik-Nav.html>

Methodische Hinweise - Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte

Grundlage der Statistik bildet das Meldeverfahren zur Sozialversicherung, in das alle Arbeitnehmer (einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten) einbezogen sind, die der Kranken- oder Rentenversicherungspflicht oder Versicherungspflicht nach dem SGB III unterliegen. Auf Basis der Meldungen zur Sozialversicherung durch die Betriebe wird vierteljährlich (stichtagsbezogen) mit 6 Monaten Wartezeit der Bestand an sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten ermittelt.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Dazu gehören insbesondere auch Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikanten, Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden. Nicht zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen dagegen Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten, sowie Wehr- und Zivildienstleistende (siehe o. g. Ausnahme).

Midijobs sind sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, deren regelmäßiges monatliches Arbeitsentgelt zwischen 450 und 850 Euro liegt (bis 31.12.2012: zwischen 400 und 800 Euro) und für die der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) auf die Anwendung der Gleitzone nicht verzichtet hat.

Die Betriebe machen jährlich Angaben darüber, ob das Arbeitsentgelt während des Meldezeitraums in der Gleitzone lag, und zwar in allen Entgeltabrechnungszeiträumen (**echte Gleitzonefälle**) oder ob sowohl Entgeltabrechnungszeiträume in der Gleitzone als auch darunter oder darüber vorlagen (**Mischfälle**), oder ob das Arbeitsentgelt nicht innerhalb der Gleitzone lag (keine Gleitzonefälle) bzw. ob auf die Anwendung der Gleitzone in der gesetzlichen Rentenversicherung verzichtet wurde.

Auswertungen zu den Midijobs können nicht quartalsweise, sondern nur zum Stichtag 31.12. vorgenommen werden. Nur für diesen Stichtag liegen weitgehend vollzählige Angaben über Beschäftigungen in der Gleitzone vor. Auswertungen zu den Midijobs liegen ab dem Stichtag 31.12.2003 vor.

Zu den **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** zählen Arbeitsverhältnisse mit einem niedrigen Lohn (**geringfügig entlohnte Beschäftigung**) oder mit einer kurzen Dauer (**kurzfristige Beschäftigung**). Beide werden auch als **"Minijob"** bezeichnet.

Eine **geringfügig entlohnte Beschäftigung** nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Die Geringfügigkeitsgrenze beträgt bis einschließlich zum 31.12.2012 400 Euro und ab dem 01.01.2013 450 Euro. Regelmäßig bedeutet, dass, wenn die Grenze von 450 Euro nur gelegentlich und nicht vorhersehbar überschritten wird, trotzdem eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vorliegt.

Eine Berichterstattung der **ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten** erfolgt seit dem Stichtag 30.6.1999, **geringfügig entlohnte Beschäftigte im Nebenjob** können ab dem Stichtag 30.6.2003 ausgewertet werden.

Auch die **Minijob-Zentrale der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See** veröffentlicht Daten über geringfügig entlohnte Beschäftigte im Rahmen eines vierteljährlichen Geschäftsberichts. Diese Daten stellen keine amtliche Statistik dar und sind nicht geeignet, statistische Aussagen über die Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in Deutschland zu treffen. Ebenso wenig sind sie eine verlässliche Grundlage für Erwerbstätigenrechnungen oder Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR). Sie liefern vielmehr Informationen über die Geschäftsprozesse der Minijob-Zentrale; es handelt sich somit um Geschäftsdaten. Daher sind die Daten auch nicht mit den statistischen Daten der BA, welche die amtliche Statistik über geringfügig entlohnte Beschäftigte führt, vergleichbar.

Eine **kurzfristige Beschäftigung** liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die im Laufe eines Kalenderjahres, oder auch kalenderjahrüberschreitend, auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich (z. B. durch einen auf längstens ein Jahr befristeten Rahmenarbeitsvertrag) begrenzt ist. Auswertungen zu kurzfristig Beschäftigten können ab dem 1. Quartal 2004 vorgenommen werden.

Eine weitere Unterteilung der Daten über kurzfristig Beschäftigte in ausschließlich und im Nebenjob kurzfristig Beschäftigte ist aus Geheimhaltungsgründen nicht sinnvoll, da die Fallzahlen relativ gering sind.

Werden von einer Person **mehrere geringfügige Beschäftigungen** ausgeübt, gelten folgende Regeln:

1. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ist neben einer kurzfristigen Beschäftigung erlaubt.
2. Bei der gleichzeitigen Ausübung von mehreren geringfügig entlohnnten Beschäftigungen darf die Geringfügigkeitsgrenze von 450 EUR nicht überschritten werden.
3. Bei der Ausübung von mehreren kurzfristigen Beschäftigungen darf die Grenze von zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen, innerhalb des vorgegebenen Zeitraumes, nicht überschritten werden.

Neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung ist die Ausübung einer geringfügigen (Neben-)Beschäftigung zulässig. Für den Fall, dass ein Arbeitnehmer neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen Beschäftigung bei anderen Arbeitgebern geringfügig entlohnte Beschäftigungen ausübt, gilt für die Bereiche der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, dass geringfügig entlohnte Beschäftigungen - mit Ausnahme *einer* geringfügig entlohnnten Beschäftigung - mit einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen Beschäftigung zusammenzurechnen sind. Vgl. Richtlinien für die versicherungsrechtliche Beurteilung von geringfügigen Beschäftigungen (Geringfügigkeits-Richtlinien) vom 20. Dezember 2012.

Mehrfachbeschäftigte, die gleichzeitig zwei oder mehr geringfügigen Beschäftigungen nachgehen, werden nur nach den Merkmalen der zuletzt aufgenommenen Beschäftigung ausgewiesen.

Die erhobenen Daten unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung nach § 16 BStatG. Eine Übermittlung von Einzelangaben ist daher ausgeschlossen. Aus diesem Grund werden Zahlenwerte unter 3 und Daten, aus denen sich rechnerisch eine Differenz ermitteln lässt, mit * anonymisiert. Gleiches gilt, wenn in einer Region oder in einem Wirtschaftszweig weniger als 3 Betriebe ansässig sind oder einer der Betriebe einen so hohen Beschäftigtenanteil auf sich vereint, dass die Beschäftigtenzahl praktisch eine Einzelangabe über diesen Betrieb darstellt (Dominanzfall). Hierbei gilt: Bei 3 bis 9 Betrieben, die hinter einer Beschäftigtenzahl stehen, darf keiner der Betriebe 50 oder mehr Prozent der Beschäftigten auf sich vereinen. Bei 10 oder mehr Betrieben dürfen auf keinen Betrieb 85 oder mehr Prozent der Beschäftigten entfallen.

Weiterführende Informationen zur Statistik der sozialversicherungspflichtigen und geringfügigen Beschäftigung finden Sie unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/4412/publicationFile/858/Qualitaetsbericht-Statistik-Beschaeftigung.pdf>

Methodische Hinweise zur Förderstatistik

Erhebungsgegenstand und begriffliche Abgrenzung

Die Förderstatistik weist den Umfang von Förderungen bzw. Teilnahmen von Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (§ 3 SGB III) und Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II) des Bundes nach. Es erfolgt eine Zählung von Förderfällen bzw. Teilnahmen, nicht von Personen. Folglich wird eine Person, die in einem Zeitraum oder an einem Zeitpunkt mehrere Förderleistungen erhält, mehrfach gezählt.

Eine Förderung, die im Rahmen der Förderstatistik nachgewiesen wird, liegt in der Regel vor, wenn für eine Person bzw. im Rahmen der Teilnahme an einer Maßnahme der aktiven Arbeitsförderung eine Zahlung geleistet wird.

Regionale Zuordnung

Die Zuordnung zu regionalen Gliederungen bei Auswertungen erfolgt standardmäßig adressscharf nach dem Wohnort (darüber hinaus können die Teilnehmerdaten auch nach den zuständigen Kostenträgern abgebildet werden).

Art der Datengewinnung

Die notwendigen Daten werden als Sekundärstatistik aus Prozessdaten in Form einer Vollerhebung gewonnen. Basis sind die Daten zu Förderungen der bei den regionalen Arbeitsagenturen und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende registrierten Personen. Grundlage für die Erstellung der Förderstatistiken ist einerseits die computergestützte Sachbearbeitung (COSACH), in der alle förderungsrelevanten Informationen über Teilnahmen, Maßnahmen und Träger im Rahmen der Geschäftsprozesse laufend aktualisiert werden. Dieses Verfahren wird in allen Arbeitsagenturen und in den in Form einer gemeinsamen Einrichtung nach § 44b SGB II organisierten Jobcentern eingesetzt.

Zugelassene kommunale Träger nach § 6b SGB II (zkt) übermitteln einzelfallbezogene Daten aus ihren Geschäftsverfahren nach § 51b SGB II an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Datenübermittlung erfolgt über ein XML-Verfahren nach dem Datenaustauschstandard XSozial-BA-SGB II. Die darin enthaltenen Förderinformationen (Modul 13) werden seit Anfang 2006 von der Förderstatistik der BA aufbereitet.

Weitere Grundlage sind Personendaten, Informationen zum Arbeitslosigkeitsstatus, Beschäftigungsstatus und Leistungsbezug, die durch integrierte Auswertungen mit Daten aus anderen Verfahren der BA-Statistik an die Förderdaten angefügt werden. Die Daten werden in Verantwortung der Statistik der BA in den zentralen statistischen IT-Verfahren aufbereitet. Als Basis für statistische Auswertungen entstehen Statistik-Informationen je Teilnahme. Zum Zweck der Vergleichbarkeit und gemeinsamen Darstellung von Förderdaten aus den Quellen XSozial und BA-Fachverfahren erfolgt die Kennzahlermittlung nach einheitlichen Vorgaben und es werden in den Auswertungssystemen der Förderstatistik einheitliche Systematiken verwendet. Letzteres gilt auch für die einheitliche Abbildung der Förderarten, was über eine Zuordnung sowohl der XSozial-Maßnahmeartschlüssel als auch der COSACH-Kennzeichnungen zur Förderart in die in der Förderstatistik eingesetzten Systematik der arbeitsmarktpolitischen Instrumente erfolgt.

Zuordnungstabelle

Wartezeit und Hochrechnung

Als Vollerhebung auf der Basis von Verfahrensdaten ist die Vollständigkeit der Datensätze in der Regel gewährleistet.

Die Erfassung der Daten in die operativen IT-Fachverfahren erfolgt nicht immer zeitnah, sondern mit teilweise erheblichen Verzögerungen, so dass von einer unvollständigen Erhebungsgesamtheit am aktuellen Rand auszugehen ist.

Die Förderstatistik der BA ist so konzipiert, dass endgültige Ergebnisse für einen Berichtszeitraum bzw. Stichtag erst nach einer Wartezeit von 3 Monaten festgeschrieben werden. Nacherfassungen innerhalb dieser Wartezeit fließen in das Ergebnis für den jeweiligen Berichtsmonat ein. Die Ergebnisse für den aktuellen Berichtsmonat und die beiden Vormonate sind vorläufig und aufgrund der noch ausstehenden Nacherfassungen im Vergleich mit dem endgültigen Ergebnis untererfasst.

Aufgrund der systematischen Untererfassung von Förderdaten am aktuellen Rand, der daraus resultierenden unvollständigen Erhebungsgesamtheit und der Wartezeitregelung ist die zeitliche Vergleichbarkeit der vorläufigen statistischen Ergebnisse für die jeweils drei aktuellsten Berichtsmonate mit Ergebnissen früherer Berichtsmonate (Vormonats-/Vorjahresvergleich) grundsätzlich nicht gegeben. Um trotzdem am aktuellen Rand Eckwerte der Förderstatistik darstellen und Vergleichbarkeit mit endgültigen Vormonatsergebnissen erreichen zu können, wurde ein Algorithmus entwickelt, mit dessen Hilfe aus den vorläufigen Ergebnissen am aktuellen Rand hochgerechnete vergleichbare Werte bereitgestellt werden. Das Hochrechnungsverfahren basiert auf Erfahrungswerten über den Umfang der Nacherfassungen je Region und Maßnahmeart und kann nur für die Maßnahmearten Anwendung finden, für die ausreichend Erfahrungswerte vorliegen. Dem Algorithmus liegt das Verhältnis vorläufiger zu endgültigem Wert in der Vergangenheit zu Grunde. Er setzt sich zu gleichen Teilen zusammen aus einem Trendfaktor, der das Verhältnis vorläufiger zu endgültigem Wert im Durchschnitt der letzten 3 Monate enthält und einem Saisonfaktor, der das Verhältnis vorläufiger zu endgültigem Wert im Mittel des Vorjahres- und Vorvorjahresmonats enthält.

Nach gleichem Prinzip werden für die beiden Monate vor dem aktuellen Berichtsmonat Hochrechnungsergebnisse aus dem Verhältnis endgültiges Ergebnis zu vorläufigem mit einem Monat Wartezeit bzw. zwei Monaten Wartezeit ermittelt. In Veröffentlichungen sind hochgerechnete Ergebnisse mit dem Hinweis "vorläufige hochgerechnete Ergebnisse" gekennzeichnet.

Plausibilität XSozial

Bei Trägern, die über den Datenstandard XSozial-BA-SGB II melden, ist es möglich, dass die Daten als nicht plausibel eingestuft werden. Die Daten werden in der Berichterstattung ausgewiesen, aber gekennzeichnet. Die folgende Tabelle enthält historisierte Informationen, welche Träger in welchem Berichtsmonat unplausibel geliefert haben.

Plausibilität XSozial

Weitere Informationen können den folgenden Publikationen entnommen werden:

[Qualitätsbericht Förderstatistik](#)

[Glossar Förderstatistik](#)

[Methodenbericht](#)

[Handbuch XSozial-SGB II Förderstatistik](#)

Methodische Hinweise - Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen

Besonderheit in der Berichterstattung zu Beschäftigungsaufnahmen von Arbeitslosen nach Wirtschaftszweigen

Üblicherweise erfolgt die Berichterstattung in der Arbeitslosenstatistik mit Daten ohne Wartezeit, so dass sich am aktuellen Rand Datenstands- und Berichtsmonat entsprechen (vgl. z. B. **Buchstabe A** am Zeitstrahl für den Zeitstrahl für den Berichtsmonat September 2013). Von dieser Regel muss die Statistik für Beschäftigungsaufnahmen von Arbeitslosen nach Wirtschaftszweigen abweichen. Für diesen Betrachtungszweck müssen in der Arbeitslosenstatistik Daten mit Wartezeit genutzt werden. Das hat zur Folge, dass für den aktuellsten Berichtsmonat noch keine Daten für den Abgang von Arbeitslosen in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen vorliegen, die berichtet werden könnten.

Warum liegen die Daten erst mit einer Wartezeit vor, obwohl sie aus der Arbeitslosenstatistik stammen?

Die neue Statistik wird über eine integrierte Auswertung der Arbeitslosen- und der Beschäftigungsstatistik gewonnen. Beschäftigungsdaten stehen frühestens mit einer Wartezeit von 2 Monaten zur Verfügung (sog. „vorläufige“ 2-Monatswerte), „endgültige“ Ergebnisse sogar erst nach 6 Monaten Wartezeit. Aufgrund der Integration der beiden Statistiken kann die Arbeitslosenstatistik erst dann Daten liefern, sobald Beschäftigungsdaten vorliegen.

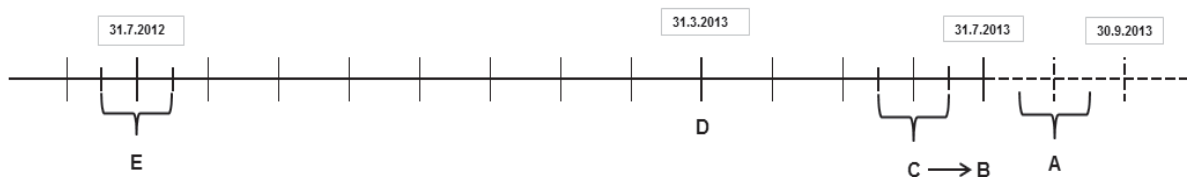
Was drückt der Terminus „1 Monat später sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldet“ genau aus?

Als Beispiel wird der für den Datenstand September 2013 aktuell verfügbare Stichtag Juli 2013 herangezogen. Der Zeitraum für die Zählung der Abgänge aus Arbeitslosigkeit liegt hierfür näherungsweise von Mitte Juni 2013 - Mitte Juli 2013 (**Buchstabe C**). Für die Abgänge der arbeitslosen Personen mit Abgangsgrund „Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt“ wird schließlich am Stichtag 31.07.2013 (**Buchstabe B**) der Beschäftigungsstatistik recherchiert, ob eine (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigungsmeldung vorliegt und wenn ja, in welchem Wirtschaftszweig die Beschäftigung besteht. Die maximale Zeitspanne zwischen Abmelde- und Recherchezeitpunkt kann daher rund 6 Wochen betragen, im minimalen Fall rund 2 Wochen. Vereinfachend und zur besseren Anschaulichkeit wird jedoch von „1 Monat später beschäftigt gemeldet“ gesprochen. Aussagen zu Identität und Durchgängigkeit der Beschäftigung können nicht abgeleitet werden. Die Beschäftigung zum Abmelde- und zum Recherchezeitpunkt muss nicht die Gleiche sein.

Was bedeutet das für die Berichterstattung zu Arbeitslosen in diesem Kontext (Beispiel Berichtsmonat Juli 2013)?

Erste Daten für den Abgang von Arbeitslosen in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen können für den Berichtsmonat Juli 2013 im September 2013 bereitgestellt werden, indem auf die „vorläufigen“ 2-Monatsdaten (Wartezeit 2 Monate: **Buchstabe B**) der Beschäftigungsstatistik zugegriffen wird. Dies gewährleistet vergleichsweise zeitnahe Ergebnisse, die jedoch noch vorläufigen Charakter besitzen und (etwas) unterzeichnet sind. Die Vorläufigkeit gilt auch für die drei Vormonate April bis Juni 2013. Nach insgesamt 6 Monaten Wartezeit wird der Zugriff auf die Beschäftigungsstatistik wiederholt, um die dann zur Verfügung stehenden „endgültigen“ 6-Monatsdaten zu nutzen.

Für die Analyse von Beschäftigungsaufnahmen nach Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen werden also für den Berichtsmonat Juli 2013 im September 2013 „vorläufige“ Daten ausgewiesen, für den Berichtsmonat März 2013 werden die ergänzenden „endgültigen“ Ergebnisse aus der Beschäftigungsstatistik (**Buchstabe D**) genutzt und die zunächst verwendeten „vorläufigen“ Daten für den Monat werden überschrieben. In der Summe stehen somit erst im Januar 2014 die endgültigen Werte für den Berichtsmonat Juli 2013 zur Verfügung.



Verfügbarkeit der Arbeitslosendaten	"Endgültige" Monatswerte ohne Wartezeit	
Verfügbarkeit der Beschäftigungsdaten	6-Monatswerte	Vorläufige 2-Monatswerte
Verfügbarkeit der Arbeitslosendaten zu Abgängen in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen	"Endgültige" Monatswerte	Vorläufige 2-Monatswerte
		Keine Werte

Wird die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten berührt?

Grundsätzlich sei daran erinnert, dass „vorläufige“ Monatswerte (auf Basis der vorläufigen 2-Monatswerte der Beschäftigungsstatistik) untererfasst sind im Vergleich zu „endgültigen“ Daten nach 6-monatiger Wartezeit, so dass derlei Vergleiche etwas eingeschränkt sind bzw. sein können. Jedoch fällt die Unterzeichnung in der Regel gering aus. Ähnliches gilt in noch geringerem Ausmaß für die gleitende 12-Monats-Summe (für den Berichtsmonat Juli 2013 der Arbeitslosenstatistik z. B. sind das die Monate seit Berichtsmonat August 2012 (**Buchstabe E**); diese Summe setzt sich aus 8 „endgültigen“ und 4 „vorläufigen“ Monatswerten zusammen).

Prinzipiell gilt der Hinweis, dass einzelne Herkunfts- und Abgangsstrukturen von Datenausfällen im Rechtskreis SGB II betroffen sein können, so dass deren Füllgrad bzw. die Datenvollständigkeit schwanken kann. Dieser Umstand muss bei Zeitreihenbetrachtungen wie Vorjahresvergleichen oder ähnlichem stets im Auge behalten werden. Veränderungen können daher nicht nur von tatsächlichen Entwicklungen am Arbeitsmarkt herrühren. Je tiefer die Daten regional differenziert sind, desto stärker können sich solche Effekte auswirken und desto mehr ist dies bei der Interpretation zu beachten. In betroffenen Regionen wird ggf. in den Tabellen darauf hingewiesen.

Weiter- und tiefergehende Informationen finden Sie im Methodenbericht „Beschäftigungsaufnahmen von Arbeitslosen nach Wirtschaftszweigen und Nachhaltigkeit“ unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Beschaefigungsaufnahmen-von-Arbeitslosen-nach-Wirtschaftszweigen-Nachhaltigkeit.pdf>

Statistik-Infoseite

Im Internet finden Sie weiterführende Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit unter:

<http://statistik.arbeitsagentur.de>

Statistische Daten erhalten Sie unter "Statistik nach Themen":

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Statistik-nach-Themen-Nav.html>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt im Überblick](#)
[Arbeitslose, Unterbeschäftigung und Arbeitsstellen](#)
[Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen](#)
[Ausbildungsstellenmarkt](#)
[Beschäftigung](#)
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)
[Leistungen SGB III](#)
[Statistik nach Berufen](#)
[Statistik nach Wirtschaftszweigen](#)
[Zeitreihen](#)
[Eingliederungsbilanzen](#)
[Ämtliche Nachrichten der BA](#)
[Kreisdaten](#)

Daten bis 12/2004 finden Sie unter dem Menüpunkt "[Archiv bis 2004](#)"

Glossare zu den verschiedenen Fachstatistiken finden Sie hier:

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Glossare/Glossare-Nav.html>

Es werden folgende Themenbereiche angeboten:

[Arbeitsmarkt](#)
[Ausbildungsstellenmarkt](#)
[Beschäftigung](#)
[Förderstatistik/Eingliederungsbilanzen](#)
[Grundsicherung für Arbeitsuchende \(SGB II\)](#)
[Leistungen SGB III](#)

Hintergründe zur Statistik nach dem SGB II und III und zur Datenübermittlung nach § 51b SGB II finden Sie unter dem Auswahlpunkt "Grundlagen":

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Grundlagen-Nav.html>

Die Methodischen Hinweise der Statistik finden Sie unter [Methodische Hinweise](#).

